

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigepreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstalt 2 28 41 und 2 28 42.

Die Gutachterkommission zur Frage des „Doppelverdienens“.

Sowenig die Vorschläge der Brauns-Kommission bezüglich der Arbeitszeit die Gewerkschaften befriedigen können, ebensowenig tun es ihre Vorschläge bezüglich des „Doppelverdienens“. Gewiß handelt es sich um eine außerordentlich schwierige Frage. Aber die Kommission versagt gerade da, wo positive Vorschläge wirklich möglich wären, und sie verweist die Lösung praktisch nur auf jene Fälle, wo ein Ausschneiden der Doppelverdiener ohne Verletzung sozialpolitischer Pflichten so überaus schwierig ist. Die Kommission scheidet die Fälle des Doppelverdienens wie folgt:

1. Personen, die mehrere Arbeitnehmertätigkeiten ausüben, sei es, daß sie neben einer die regelmäßige Arbeitszeit in Anspruch nehmenden Tätigkeit eine zweite regelmäßige Tätigkeit ausüben, sei es, daß sie neben ihrer regelmäßigen Tätigkeit gelegentlich und von Fall zu Fall eine weitere Tätigkeit ausüben.
2. Personen, die selbständig sind und die daneben noch selbständige Arbeitnehmertätigkeit ausüben.
3. Beziehung von Einkommen aus Pensionen, Wartegeld, Sozialrenten usw., die daneben aber noch in bezahlter Arbeitnehmertätigkeit stehen.
4. Endlich die Form des Doppelverdienens, wo in einem Familienhaushalt zwei oder mehrere Einkommen stehen (Arbeit der Ehegatten, Kinder usw.).

Die Brauns-Kommission versagt zu den unter 1 bis 3 genannten Formen vollständig und gibt nur Vorschläge zu den unter 4 genannten Formen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade die unter 1 und 3 genannten Formen un schwer gesetzliche Regelungen zulassen, ohne daß sozialpolitisch Unheil angerichtet zu werden braucht. Die bei mehreren Arbeitgebern verbrachte Arbeitszeit zusammen auf die Maximalarbeitszeit anzurechnen, ist durchaus möglich.

Merkwürdig ist, daß der Brauns-Ausschuß völlig versagte gegenüber den Doppelverdienern, die als Pensionäre und Wartegeldbesitzer die Einkünfte aus Pensionen und Wartegeld noch erhöhen durch Bezüge aus bezahlter Arbeitnehmertätigkeit. Die Kommission glaubt, diese Frage sei in erster Linie eine Angelegenheit der „Ausgabensenkung der öffentlichen Mittel“. Außerdem komme ihr nur eine „geringe arbeitsmarktpolitische Bedeutung“ zu. Wir können das nicht anerkennen. Gewiß ist das auch eine Frage der „Ausgabensenkung der öffentlichen Mittel“, aber arbeitsmarktpolitisch hat sie die Bedeutung, daß zahlreiche Pensionäre und Wartegeldempfänger ihren Arbeitsplatz freimachen würden, wenn die Gefahr droht, daß das Arbeitseinkommen auf ihre Pensionsbezüge angerechnet wird. Daß einer solchen Regelung nur geringe arbeitsmarktpolitische Bedeutung zukomme, möchten wir bestreiten. Tatsächlich ist die Zahl der mit den verschiedensten Arbeiten beschäftigten Pensionäre außerordentlich groß.

Bezüglich der unter 4 genannten Fälle, also verschiedene Einkommenquellen innerhalb einer Familie, kommt die Kommission zu folgenden Empfehlungen:

Den privaten Arbeitgebern soll die Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse bei der Besetzung von Arbeitsplätzen empfohlen werden. Sie sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, daß bei Entlassungen und Einstellungen die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Das ist nichts Neues. Denn das Betriebsratsgesetz gibt der Betriebsvertretung diese Richtlinien schon seit je. Und vernünftige Betriebsvertretungen werden nicht erst seit gestern nach diesen Richtlinien handeln.

So bleibt nur eine Empfehlung, die den Arbeitgebern und den Betriebsvertretungen auferlegen will, „die Belegschaften daraufhin durchzuprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen im Betriebe vorhanden sind und ohne unbillige Härte und (Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!) ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können“. Grundsätzlich könnten wir diese Empfehlung anerkennen. Die Gefahr besteht nur darin, daß sich hierin die positiven Vorschläge der Brauns-Kommission bezüglich des Doppelverdienens erschöpfen und daß nun aller Einfluß angewandt wird, um mindestens hier eine Bekämpfung des Doppelverdienens durchzuführen. Hier droht die Gefahr sozialpolitischer Unerträglichkeit, während in den Fällen, wo sozialpolitisch eine Bekämpfung des Doppelverdienens gerechtfertigt wäre, die Kommission vollständig versagt. Wir können verweisen auf die Entschlieung des Bundesanzschusses des ADGB vom 27. März 1929. In dieser Entschlieung wird der Standpunkt vertreten:

„Daß es in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, daß nach der Verfassung jedermann gewährleistet Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhalts brauchen.“

Die Entschlieung wendet sich aber gleichzeitig gegen eine sozialpolitisch unerträgliche Übertreibung und gegen die Verletzung der Rechte der Frau auf Arbeit. Die Entschlieung sagt:

„Bei der Anwendung dieses Grundsatzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie oder

Eine Warnung der Gewerkschaften an die Reichsregierung.

Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes haben am 23. April an den Reichskanzler Dr. Brüning und an das Reichskabinett folgende Kundgebung gerichtet:

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestellten-schaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Linderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind dabei mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer größeren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muß, wenn nicht noch größeres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaukraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachterkommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmaß, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienens erwartet werden kann.

Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen aus-

drücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosen-Versicherung für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Staatsmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muß aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungsweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmaßnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, daß wir die Wünsche der Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muß zu schwersten sozialen Kämpfen und zu größter politischer Unruhe und Verbitterung führen. Wir erwarten, daß die Regierung sich dieser unlehnbaren Tatsache bei ihren Beratungen bewußt bleiben wird.

gar ausschließlich verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht den beabsichtigten Zwecken dienen. Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angefaßt werden. Machen außerordentliche Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, dann müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.“

Es wird daher in jedem Falle sehr ernsthaft zu prüfen sein, ob berechtigterweise die Entlassung gefordert werden kann in den Fällen, wo Mann und Frau erwerbstätig sind. Insbesondere wird stets auch tatsächlich Gewähr gegeben sein müssen, daß die freierwerbenden Stellen nunmehr auch nach sozialen Gesichtspunkten besetzt werden. Würden die freigesetzten Stellen etwa wieder durch Doppelverdiener besetzt oder würde etwa die Entlassung älterer, besser bezahlter Arbeitnehmer ausgeglichen durch die Neueinstellung jüngerer, schlechter bezahlter Kräfte, so wäre der soziale Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Gerade in letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo unter Berufung auf das „Doppelverdienens“ Arbeitskräfte aus den Betrieben entfernt werden und entweder überhaupt nicht ersetzt oder durch ganz schlecht bezahlte Kräfte ersetzt werden. Man wird also gerade in dem Punkt, wo die Brauns-Kommission positive Vorschläge macht, sehr vorsichtig sein müssen.

Die Gefahr eines Mißbrauchs ist um so größer, als die Brauns-Kommission irgendwelche gesetzliche Maßnahmen ablehnt, dafür aber die von ihr vorgeschlagenen freiwilligen Maßnahmen mit „allem Nachdruck“ durchgeführt wissen will. Versagt man gegenüber wirklichen Doppelverdienern, so besteht die Gefahr, daß sich alles auf die mitarbeitende Ehefrau abwälzt und sie auch in den Fällen aus der Arbeit vertrieben wird, wo ihre Mitarbeit für die Familie notwendig ist.

Die Aufsichtsrats-Fata-Morgana.

Die Kommunisten sehen überall ihnen günstige Bilder, wo normale Menschen mit dem besten Willen nichts entdecken können. Diese Hellschere hat ihnen die Halluzination eingegeben, daß unser Gauweiler Bruns in Frankfurt a. M. im Aufsichtsrat der J.-G. Farbenindustrie sitzt und dafür 65 000 Mk. Lantieme einstreicht. Diese bewußten Lügen werden erfunden, um die Arbeiter dem Fabrikarbeiterverband abtrünnig zu machen. Solche Sachen sind wir gewohnt, wir reagieren darauf nicht mehr. Es dürfte auch in Deutschland nur noch wenige Menschen geben, die im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind und die Lügen der KPD-Pressen noch glauben. Wir können ja auf der ganzen Linie feststellen, daß die kommunistische Presse glücklicherweise nicht mehr ernst genommen wird.

Nachdem aber der Generalfeldmarschall der revolutionären Gewerkschafts-Opposition, der sattsam bekannte Herr Steffen, wegen Industriespionage hinter Schloß und Riegel gebracht worden ist, versucht die kommunistische Presse in noch höherem Maße als bisher durch Aufstachelung und Wiederholung bereits erledigter Lügen von dieser Affäre abzulenken.

Was uns veranlaßt, trotzdem in der Presse zu dieser Lüge Stellung zu nehmen, ist die Tatsache, daß leider auch eine sozialdemokratische Zeitung Süddeutschlands auf den Schwindel hereingefallen ist. Die betreffende Zeitung schrieb vor einiger Zeit, daß der Fabrikarbeiterverband sich einen Sitz im Aufsichtsrat der J.-G. Farbenindustrie erkämpft habe und daß die Entschädigung, die der betreffende Kollege dafür erhält, in die Kasse des Fabrikarbeiterverbandes zurückfließt und damit den Fabrikarbeitern zugute kommt. Wir bedauern, daß eine sozialdemokratische Zeitung diesem Irrtum unterlegen ist, und stellen noch mal fest, daß weder unser Gauweiler Bruns in Frankfurt a. M. ein noch irgendein anderer Funktionär unseres Verbandes Mitglied im Aufsichtsrat der J.-G. Farbenindustrie ist und dafür Lantieme bezieht. Außer dem Kollegen Sparre in Leverkusen, der als Betriebsratsvorsitzender nach den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes als Aufsichtsratsmitglied durch die Betriebsräte gewählt ist, haben wir keine Vertretung im Aufsichtsrat. Sparre bezieht für seine Tätigkeit als Aufsichtsrat kein Lantieme, ihm steht nur der nach dem Betriebsratsgesetz vergebene Ersatz seiner durch Wahrnehmung der Aufsichtsrats-tätigkeit entstehenden Kosten zu. G. Haupt.

Das Verbandsjahr 1930.

1. Mitgliederbewegung.

Das Gewerkschaftsleben des Jahres 1930 stand unter dem Druck der katastrophalen Wirtschaftslage. Der wirtschaftliche Niedergang, der schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 einsetzte, hatte im Jahre 1929 kaum eine nennenswerte Pause und nahm im letzten Jahre, 1930, ein geradezu beängstigendes Tempo an. Wurden zu Beginn des Jahres 1930 in Deutschland etwa 2 Millionen Arbeitslose gezählt, so waren es im Mai schon 2 1/2 Millionen, zu Beginn des Oktober über 3 und zum Jahreschluss etwa 4 1/2 Millionen. Das sind erschreckende Zahlen, die dem gewerkschaftlichen Leben ihren Stempel anbrachten und auf alle Gewerkschaftsarbeit einen bestimmenden Einfluß ausübten.

Die Unternehmer versuchten selbstverständlich sofort, das Opfer, die die Wirtschaftskrise von ihnen verlangte, auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. In sehr vielen Fällen gelang es ihnen auch, und das um so leichter, als sie die Unterstützung der Reichsregierung fanden, die, von falschen volkswirtschaftlichen Voraussetzungen geleitet, Lohnabbau als erste Bedin-

gung zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft anfab. Nach dem Dönhäuser Schiedspruch, der durch den Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt wurde, hatten die Unternehmer Oberwasser und nutzten die günstige Gelegenheit weidlich aus, um überall, wo es nur irgendwie möglich war, den Lohn abzubauen, um so ihre gefährdeten Profite zu sichern. Die versprochene Senkung der Preise blieb aber aus, und so war, wie bei allen anderen Krisen, auch im unheilvollen Jahr 1930 die Arbeiterschaft der leidende Teil. Während die Unternehmer auch in und an der Krise recht gut verdienten (die Dividendenauszahlungen beweisen es), mußten die Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Druck der Wirtschaftskrise Lohnabbau und Arbeitslosigkeit hinnehmen. Das bewirkte natürlich wiederum eine Schwächung der Kaufkraft, weiter eine abermalige Einschränkung der Produktion und vermehrte Arbeitslosigkeit. Wirklich, das Jahr 1930 war ein bitterer Anschauungsunterricht für die Widersinnigkeit des kapitalistischen Systems, aber auch für die Notwendigkeit starker Arbeiterorganisationen. Was wäre wohl geschehen und wo wären die Unternehmer mit ihren Forderungen auf Lohnabbau und Einschränkung der Sozialversicherung stehen geblieben oder nicht stehen geblieben, wenn es keine Gewerkschaften gegeben hätte, die ihnen abwehrbereit entgegengetreten?

Wurden die Mitglieder unseres Verbandes vom Lohnabbau im vergangenen Jahre noch nicht so scharf erfaßt, so wurden sie desto mehr von der allgemeinen Arbeitsnot betroffen. Zu Beginn des Jahres waren etwa 19,3 v. H. unserer Mitglieder arbeitslos und 6,9 v. H. arbeiteten verkürzt. Bis zum März steigt der Bombendruck der Arbeitslosen auf 21 und sinkt dann allmählich, um im Juni den tiefsten Stand mit 17,8 v. H. zu erreichen, gegen 7,8 v. H. zu Anfang Juni 1929. Von da an zeigt sich aber ein stürmisches, ununterbrochenes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen, sowohl auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als auch in der Mitgliedschaft unseres Verbandes, und zum Jahresluß waren 31,9 v. H. aller Verbandsmitglieder arbeitslos und 16,1 v. H. arbeiteten verkürzt. Das sind geradezu erschreckend hohe Zahlen, die mit aller Deutlichkeit zeigen, wie gerade die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen von der Wirtschaftskrise erfaßt wurden.

Das wird noch klarer, wenn wir die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriegruppen betrachten. Die grobkeramische Industrie war wieder am schlechtesten daran. Von den Monaten Juni, Juli, August abgesehen, war in dieser Industrie das ganze Jahr hindurch die Arbeitslosigkeit am größten. Sie begann das Jahr mit 39,9 v. H. arbeitslosen Mitgliedern und wies am Jahresluß einen Prozentsatz von 57,1 voll-arbeitslosen Verbandsmitgliedern auf. Nur in den Sommermonaten wird die Arbeitslosenzahl in der Gruppe Grobkeramik (22,7—28,8 v. H.) von der Beschäftigungslosigkeit in der Spielwarenindustrie und in der Glasindustrie übertroffen. Die Spielwarenindustrie war das ganze Jahr hindurch sehr von der Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Verhältnismäßig günstiger waren die chemische, die Papier- und die Nahrungsmittelindustrie daran, doch stieg auch in diesen Industrien die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder zum Jahresluß ganz beträchtlich an. Einen ungefähren Überblick über den Umfang der Arbeitslosigkeit in unserem Verbands erhalten wir durch folgende Angaben unserer statistischen Abteilung. Zum Jahresluß waren in der chemischen Industrie 21,9, in der Papierindustrie 17,7, in der Nahrungsmittelindustrie 18,8, in der Gruppe Porzellan 32,2, in der Glasindustrie 41,9 und in der Gruppe Grobkeramik 57,1 v. H. aller Verbandsmitglieder arbeitslos. Besser und eindringlicher als mit diesen Zahlen kann es kaum dargestellt werden, wie schwer der Druck der Arbeitslosigkeit auf unseren Kollegen und Kolleginnen lastete. Oft trat bei den Entlassungen und Betriebsstillegungen die Absicht der Unternehmer, die verbündeten Gewerkschaften zu schwächen, deutlich zutage.

Demgegenüber will es nicht viel besagen, wenn wir am Schluß des Krisenjahres einen Mitgliederrückgang von etwa 6 v. H. zu verzeichnen haben. In den Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit war der Mitgliederverlust stets noch viel größer, er betrug da oft 20 bis 25 v. H. Die Arbeiterschaft ist heute von der Notwendigkeit starker Organisation auch in wirtschaftlich trüben Zeiten viel zu sehr überzeugt, als daß sie bei jeder Krise und in jedem Falle der Arbeitslosigkeit sofort dem Verbands den Rücken kehrt. Ohne diese Überzeugung und ohne die ansparrende Lässigkeit und unermüdete Werbearbeit unserer Funktionäre wäre der Mitgliederrückgang sicher noch viel größer gewesen. Wie sich die Mitgliederbewegung in den einzelnen Vierteljahre des abgelaufenen Jahres vollzog, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	Zahl der Mitglieder		
	männliche	weibliche	zusammen
4. Vierteljahr 1929	366 975	102 597	469 572
1. Vierteljahr 1930	353 389	99 783	453 172
2. Vierteljahr 1930	360 898	96 419	457 317
3. Vierteljahr 1930	352 456	94 119	446 575
4. Vierteljahr 1930	348 921	92 456	441 377
Jahr Durchschnitt	358 541	97 071	455 612
Abnahme gegen den Jahresluß 1929	17 984	10 161	28 145

Der Mitgliederverlust ist um etwa 20 000 größer, als er im Jahre 1929 war. Das ist nicht erschütternd im Hinblick auf die katastrophale Wirtschaftslage und die riesengroße Arbeitslosigkeit. Der Rückgang von 6 v. H. aller Mitglieder bleibt aber noch stark unter der prozentualen Steigerung der Arbeitslosigkeit unter unseren Verbandsmitgliedern, ein weiteres günstiges Zeichen. Bei den weiblichen Mitgliedern war der Rückgang erheblich größer als bei den männlichen. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist um etwa 4,9 v. H. zurückgegangen, die der weiblichen aber um 9,9 v. H. Auch der Anteil der Frauen an der gesamten Mitgliederzahl ist weiter gesunken, er betrug am Jahresluß etwa 20,9 v. H. gegen 21,8 v. H. im Jahre 1929 und 22,2 v. H. im Jahre 1928.

Über das Woher der Zugänge und über das Wohin der Abgänge gibt die folgende Tabelle näheren Aufschluß:

Mitgliederzugang:		Mitgliederabgang:	
1929	1930	1929	1930
Aufgenommen	85 167	47 411	74 240
Angerechnet	9 637	11 536	29 429
Aus anderen Verbänden übergetreten	6 231	1 015	8 634
	101 035		112 303
			91 127

Den 62 982 Zugängen stehen 91 127 Abgänge gegenüber, so daß sich der bereits erwähnte Verlust von 28 145 ergibt. Abreise und die Verluste durch Austritte, Ausschlässe und Todesfälle, die bei den Abgängen unter der Sammelbezeichnung „Ausgeschieden“ erscheinen, haben den größten Anteil am gesamten Rückgang der Mitgliederzahlen. Daß die Austritte zu anderen Verbänden um mehr als 2½ Tausend zahlreicher sind als die Austritte aus anderen Organisationen zu uns, erklärt sich in der Hauptsache aus den Auswirkungen der Kartellverträge, die wir mit dem Verkehrsbund, dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter abgeschlossen haben. Bei den aus diesen Verträgen folgenden Abgrenzungen der Agitationsgebiete mußten wir ja einige Opfer bringen, die allerdings durch die aus der Vermehrung der üblichen Grenzstreitigkeiten entstehenden Vorteile wieder weit gemacht werden. Zu der verhältnismäßig hohen Zahl der Abgereiften haben sicher die vielen während des kritischen Jahres 1930 erfolgten Konzentrationen in allen Industrien, Produktionsverchiebungen und Betriebsstillegungen nicht wenig beigetragen.

Unermüdlich

muß jedes Mitglied, das nicht nur ein Mitläufer, sondern ein tätiges und bewußtes Glied im Verbands ist, für die Organisation werben. Das Arbeitsfeld ist groß, da kommt es auf jeden einzelnen Mitarbeiter an. Riesengroß und ungeheuer wichtig sind die Aufgaben, die dem Verband in den gegenwärtigen wirtschaftlich trüben Zeiten erwachsen. Zur Lösung dieser Aufgaben braucht er begeisterte und zielklare Mitglieder und Mitkämpfer; je mehr es sind, desto besser sind die Erfolgsaussichten. Zäh

und unablässig

müssen wir darum neue Anhänger werben, jede Gelegenheit zur Agitation ausnützen, Schwankende und Unentschlossene aufklären und ermuntern, alle Versuche zur Spaltung und Zerspaltung entschlossen und rücksichtslos abwehren. Die Unternehmer sind einig; wir müssen es auch sein. Es geht um unsere Existenz, um unseren Verband, um die ganze Arbeiterschaft. Ohne die freien Gewerkschaften gibt es keine Sicherung der Lebenshaltung, der sozialen Errungenschaften, keine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, keine Überwindung der Arbeitsnot und der Wirtschaftskrise! Daher kein Nachlassen in der Agitation, sondern unermüdlich sein

in der Werbearbeit für den Verband!

In der folgenden Zusammenstellung sehen wir ein Bild der Mitgliederbewegung in unserem Verbands während der letzten sieben Jahre:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahresluß
1924	100 269	296 822	—	196 553	325 750
1925	149 190	140 205	8 985	—	334 685
1926	161 697	120 447	41 250	—	375 935
1927	158 715	111 591	47 124	—	423 059
1928	163 602	108 897	54 705	—	477 764
1929	104 111	112 303	—	8 192	469 572
1930	62 982	91 127	—	28 145	441 377

So unerfreulich der Mitgliederverlust in den letzten beiden Jahren ist, so wenig kann er uns entmutigen. Die organisatorischen Grundlagen unseres Verbandes sind fester und unerschütterlicher als je. Der Verlust findet seine Ursache nicht in organisatorischen Mängeln oder in Fehlern in der gemeinschaftlichen Arbeit, er ist die unmittelbare und direkte Folge der Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Arbeitslosigkeit. Die in dieser wirtschaftlich trüben Zeit verstärkte einseitige Angriffe der Unternehmer, zu denen sich noch die Spaltungsaktionen der Kommunisten gesellen, konnten das feste Bollwerk der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen nicht erschüttern. Die Rückschläge werden wir überwinden. Unser unerschütterter Wille zum Kampfe für die Interessen der Arbeiterschaft wird uns weiter vorwärts treiben, und trotz Wirtschaftskrise, trotz Unternehmer, Nazis und W.D. erfolgreich für unsere Mitglieder wirken und nicht nur die Scharten der letzten beiden Jahre wieder answehen lassen, sondern bei günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen auch wieder Fortschritte bringen.

Papier-Industrie

Die deutsche Papiererzeugungsindustrie im Lichte der amtlichen Statistik.

Das Statistische Reichsamt veranstaltete im Monat Mai 1930 für vier volle Lohnwochen amtliche Erhebungen über die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse in der Papiererzeugungsindustrie. Erfasst wurden ausgewählte wichtige Arbeitergruppen in Papier-, Pappen-, Zellstoff-, Strohstoff- und Holzstoffabriken.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Monat 1930 in der Papiererzeugungsindustrie rund 11 Prozent. Nach vorsichtigen Schätzungen waren um diese Zeit noch rund 102 000 Arbeitnehmer in der Papiererzeugungsindustrie beschäftigt.

Von der amtlichen Erhebung wurden in 297 Orten 327 Betriebe mit 27 499 Vollarbeitern erfasst. Das sind also rund 25 Prozent der damals beschäftigten Arbeitnehmer. Als statistisches Vollarbeitsalter wurden bei den Arbeitern das Alter über 21 Jahre und bei den Arbeiterinnen über 20 Jahre den Berechnungen zugrunde gelegt. Nach der Berufszählung von 1925 waren in der deutschen Papiererzeugungsindustrie rund 82 500 Arbeitnehmer über 20 Jahre alt beschäftigt. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen würde die amtliche Erhebung rund ein Drittel dieser Arbeitnehmer erfassen.

An Lohnformen wurde für sämtliche erfassten Arbeitergruppen und Berufsarten der Zeitlohn einschließlich Prämienlohn und für die Pappenabnehmer, Holzschäler, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Akkordlohn mit ermittelt.

Die Ermittlungen erstrecken sich auf sämtliche Tarifgebiete. Der Umfang der Ermittlungen auf den einzelnen Tarifgebieten ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Verteilung der erfassten Arbeitskräfte auf Tarifgebiete.		
Tarifgebiete	Zahl der erfassten Arbeiter absolut	in v. H.
Bayern ohne Rheinpfalz	2 858	10,4
Württemberg und Hohenzollern	1 332	4,8
Baden	2 968	10,8
Rheinpfalz	573	2,1
Hessen und Hessen-Nassau	510	1,9
Rheinland-N. (Rheinl. Gebiet)	563	2,0
Rheinland-W. (Düsseldorfer Gebiet)	684	2,5
Rheinland-W. (Würen-Jülich)	598	2,2
Westfalen, Lippe, Württemberg	831	3,0
Hannover, Oldenburg, Schl.-Holstein, Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Bremen	693	2,5
Prov. Sachsen, Thüringen, Anhalt	2 913	10,6
Freistaat Sachsen	6 745	24,5
Pommern, Mecklenburg	976	3,6
Brandenburg mit Berlin	702	2,6
Schlesien	3 203	11,6
Ostpreußen	1 355	4,9
Reichsgebiet	27 499	100,0

Am stärksten wurde demnach der Freistaat Sachsen, der rund 25 Prozent der deutschen Produktion erzeugt, erfaßt; ihm folgen mit über 10 v. H. die Tariflohnbezirke Schlesien, Mitteldeutschland, Baden und Bayern.

Nach den Feststellungen der Papiermacherberufsgenossenschaft waren am 1. Januar 1930 noch 1034 Betriebe vorhanden. Die amtlichen Ermittlungen erstrecken sich demnach auf etwas über 30 Prozent der vorhandenen Betriebe.

Die folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Verteilung der erfassten Arbeitskräfte auf Arbeitergruppen und Berufsarten. Von den von der Ermittlung erfassten Arbeitskräften entfallen auf die einzelnen Zweige der Papiererzeugungsindustrie:

Facharbeiter in Papierfabriken	5 748	=	20,9 v. H.
Facharbeiter in Pappenfabriken	901	=	3,3 v. H.
Facharbeiter in Zellstofffabriken	495	=	1,8 v. H.
Facharbeiter in Holzstofffabriken	1 539	=	5,6 v. H.
Holzschäler	2 255	=	8,2 v. H.
Holländerarbeiter und -hilfsarbeiter	9 065	=	32,9 v. H.
Arbeiterinnen	7 486	=	27,3 v. H.
Insgesamt	27 499	=	100,0 v. H.

Die nachstehende amtliche Zusammenstellung unterrichtet über die Verteilung der erfassten Arbeitskräfte nach Arbeitergruppen und Berufsarten, untergeteilt in Zeitlohnarbeiter einschließlich Prämienlohn und in Akkordlohnarbeiter:

Lohnformen, Arbeitergruppen, Berufsarten und Altersstufen (Arbeiter über 21 Jahre, Arbeiterinnen über 20 Jahre)	Zahl der erfassten Arbeiter	
	absolut	in v. H.
(Zeitlohn einschl. Prämienlohn)		
Papiermaschinenführer	1 922	4,8
Erste Papiermaschinenhilfen	1 355	4,9
Holländermüller in Papiererzeugung	1 290	4,7
Kalender- und Querschneiderführer	1 781	6,5
Karton- oder Pappenmaschinenführer	229	0,8
Pappenabnehmer	456	1,7
Holländermüller in der Pappenerzeugung	200	0,7
Holländerarbeiter	286	1,0
Zellstoffkochermeister oder -wärter	232	0,8
Zellstoffmaschinenführer	263	1,0
Holzschleifer	903	3,3
Holzstoffabnehmer	636	2,3
Holzschäler	605	2,2
Ungelehrte Hilfsarbeiter	6 641	24,1
Arbeiterinnen	4 221	15,4
(Akkord- (Stück-) Lohn)		
Pappenabnehmer	16	0,1
Holzschäler	1 650	6,0
Ungelehrte Hilfsarbeiter	2 138	7,8
Arbeiterinnen	3 275	11,9
	27 499	100,0

Das Statistische Reichsamt bemerkt zu dieser Zusammenstellung, daß im Lohnbezirk Rheinland-West (Würen-Jülich) der tarifmäßige Höchstlohn für Arbeiter erst mit dem 22. Lebensjahre erreicht wird. Zur Zeit der Erhebungen waren aber in diesem Bezirke Arbeiter im Alter von 21 bis 22 Jahren nicht vorhanden.

Unter den Zeitlohnarbeitern befanden sich unter den ersten Papiermaschinenhilfen 21, unter den Holländermüllern in Papierfabriken 9, unter den Kalender- und Querschneiderführern 91 und unter den Zellstoffmaschinenführern 22 Personen, die im Akkordlohn beschäftigt wurden. Der Hinweis erfolgt deshalb, weil diese Akkordarbeiter unter der Gruppe „Akkord- (Stück-) Lohn“ nicht mit aufgeführt wurden.

Von den durch die Ermittlungen erfassten Arbeitskräften waren rund drei Viertel in Zeitlohn einschließlich Prämienlohn und ein Viertel im Akkordlohn beschäftigt. Von den erfassten Arbeitergruppen und Berufsarten, bei denen beide Lohnformen ermittelt wurden, arbeiteten 62,7 v. H. im Zeitlohn einschließlich Prämienlohn.

Leider sind bei den Zeitlohnarbeitern die nur gegen reinen Tariflohn beschäftigten Arbeiter nicht besonders aufgeführt, sondern mit den Prämienarbeitern verschmolzen. Dadurch wird es unmöglich, einen Überblick über die Anzahl der Prämienarbeiter in den einzelnen Arbeiter- und Berufsgruppen zu erhalten. Diese Feststellung wäre aber nicht nur für die Arbeiterschaft der Papiererzeugungsindustrie von großem Interesse gewesen, sondern zweifellos auch für die Öffentlichkeit, da gerade bei dem sogenannten kalten Lohnabbau im Jahre 1930 die Unternehmer der Arbeiterschaft die Löhne außerordentlich stark beschnitten durch Wegfall oder Kürzung der Prämien. Die Prämie hat aber auch noch deshalb besondere Bedeutung, weil sie nicht schlechthin eine übertarifliche, freiwillige Mehrlohnleistung des Arbeitgebers darstellt, sondern gebunden ist an die Produktionshöhe und den Zweck hat, die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft auf das höchste Maß anzuspannen und auszubehalten.

Nahrungsmittel-Industrie

Technische Neuerungen für die Konservenindustrie.

Seit langer Zeit wird in der Konservenindustrie die Frage diskutiert, ob bald eine brauchbare Maschine zum Spargelschälen hergestellt werden würde. Eine solche Maschine könnte viel Handarbeit ersparen, und es wurde seit Jahren versucht, Maschinen dieser Art zu konstruieren. Bislang ist aber dabei wenig Brauchbares herausgekommen. In letzter Zeit wurden nun mehrere Maschinentypen dieser Art angeboten. Einige dieser Maschinen werden in der Zeitschrift „Die Konserven-Industrie“ Nr. 13 einer längeren Besprechung unterzogen.

Zuerst wird eine Spargelschälmaschine Hugo Hensler (Berlin) besprochen. Hier handelt es sich um ein amerikanisches Patent, das Hensler für Deutschland angekauft hat. Eine Anzahl Konservenfabriken haben diese Maschine befohlen, aber gekauft wurde sie nicht. Sie war zu teuer, und die Qualität der Arbeit war ungenügend. Ferner wird eine Maschine von Wagenfäher besprochen, die so gebaut ist, daß der Spargel liegend geschält werden soll. Das System dieser Maschine wird als gut anerkannt, und man nimmt an, daß sie bei nochmaliger gründlicher Durcharbeit gute Arbeit leisten wird. Endlich wird eine Spargelschälmaschine, System „Schläfer“, besprochen. Diese Maschine ist konstruiert von der Maschinenfabrik Gebr. Schläfer (Braunschweig). Besichtigungen, die bereits im vorigen Jahre stattfanden, als die Maschine noch im Rohbau war, führten zu der Auffassung, daß diese Maschine etwas Gutes leisten könne. Die Maschine ist inzwischen fertig, sie wird in obengenannter Zeitschrift folgendermaßen beschrieben:

„Die Maschine ist im Untergestell aus Eisen hergestellt. Der obere Teil, der mit Spargel in Berührung kommt, ist aus verchromtem Eisen, aus nichtrostendem Stahl und schließlich zur Entlastung der Maschine noch aus Aluminium gebaut. Nichts ist an der Maschine, was rosten könnte, sie kann somit während des Arbeitsganges dauernd mit dem Spargelwasser in Berührung kommen, sie kann nach der Arbeit gründlich mit Wasser und Bürsten bearbeitet werden, ist also als hygienisch vollkommen einwandfrei zu bezeichnen. Sofern die Maschine sauber gehalten wird, und sauber muß schließlich jede Maschine gehalten werden, kann sie ein Säuern des Spargels nicht begünstigen.“

Die Maschine erfüllt also zunächst eine Hauptbedingung. Sie setzt an den Stellen, an denen sie mit Spargel in Berührung kommt, keinen Rost an. Das ist für eine spargelverarbeitende Maschine Grundbedingung. In längeren Ausführungen wird dann die Maschine weiter beschrieben. Es wird gesagt, daß sie zehn Spargelbehälter besitzt, der übrige Apparat ist ziemlich kompliziert. 16mal kommt der Spargel unter die Messer. Die Messer sind mit gegenseitigem Federdruck versehen, so daß sie sich der Stärke des Spargels durch Wegdruck anpassen. Die Spargelstange wird etwas schräg liegend geschält, dadurch soll erreicht werden, daß die Messer besser schneiden. Nach dem Schälen wirft die Maschine den Spargel in aufgestellte Behälter selbst aus. An anderer Stelle wird über die Maschine, System „Schläfer“, weiter folgendes gesagt:

„Wie wir aus den Betrachtungen gesehen haben, liegt hier ein neues Prinzip des Spargelschalens vor, jedoch ein Prinzip, das gut durchgearbeitet ist und saubere Arbeit liefert, was schließlich die Hauptsache ist. Nur hat, wie eingangs erwähnt, eine Spargelschälmaschine immer Grenzen des Möglichen. Wie diese Maschine, so haben auch die übrigen Spargelschälmaschinen ihre Grenzen und werden sie auch in Zukunft behalten. Man kann z. B. mit dieser Maschine nicht Spargel von beliebiger Länge schälen, auch ist es nicht raffam, mit der Maschine einmal Riesenspargel zu schälen und dann Strippen. Es ist wohl jedem verständlich, daß für derartige Verschiedenheiten die Spezialeinrichtungen entsprechend geändert werden müssen. Wie bereits erwähnt, brauchen die Stangen durchaus nicht gerade zu sein, doch können größere Abweichungen als etwa 5 Zentimeter nicht mehr geschält werden, da die Messer nur eine derartige Breite haben.“

Danach sind auch dieser Maschine in ihrer Leistungsfähigkeit noch erhebliche Grenzen gesetzt. Man kann auch mit ihr nicht Spargel in beliebiger Länge schälen. Die Dicke des Spargels spielt nicht eine so erhebliche Rolle, obwohl man auch hier nicht von der dicksten zur dünnsten Sorte hinüberwechseln kann. Aber es scheinen auch hier noch nicht alle technischen Möglichkeiten erschöpft zu sein. Über die Leistung der Maschine wird dann folgendes gesagt:

„Die deutsche Spargelschälmaschine, System „Schläfer“, schält pro Stunde 1800 Stangen, dementsprechend also von der ersten

Sorte pro Stunde mindestens 1 1/2 Zentner, von der zweiten Sorte mindestens 1 Zentner usw. je nach Gewicht der einzelnen Stangen.“

Danach kann die Maschine immerhin 5 bis 6 Spargelschälmaschinen ersetzen. In ihrer Bedienung ist eine Frau erforderlich. Das wesentlichste aber ist, daß die bedienende Frau keine geübte Spargelschälmaschine zu sein braucht. Zum Schluß wird über diese Maschine in der Besprechung folgendes Urteil gefällt:

„Die deutsche Spargelschälmaschine, System „Schläfer“, war somit die erste, die in technischer Hinsicht erstklassig durchgearbeitet war, und die vom Standpunkt des Konservenfachmanns aus eine qualitativ derart gute Arbeit liefert, wie sie durch Frauen mit Spargelschälmaschinen nur von wenigen durchgeführt wird. Sofern man sachlich bei der Beurteilung der Maschine bleibt, muß man zugeben, daß die Arbeit allen Ansprüchen voll und ganz genügt, und daß die Maschine dazu berufen ist, weiteren Kreisen nutzbar gemacht zu werden.“

Die Besprechung in der „Konserven-Industrie“ stammt aus der Konserven-Versuchsanstalt von Dr. Serger und H. Kirchhof in Braunschweig, also von durchaus sachmännlicher Seite. Wenn nun Konservenfachleute über diese Maschine ein derartiges Urteil fällen, dann muß man annehmen, daß die Maschine in der Konservenindustrie eine Zukunft hat. Gelingt es, die Maschine in größerem Umfang einzuführen, dann würde wieder ein Stück uralter Handarbeit aus der Konservenindustrie verschwinden, resp. sie würde maschinisiert werden. Die Spargelschälmaschine gehört zu den typischen Beispielen in der Konservenindustrie. Ohne sie war die Spargelkonservierung bisher nicht denkbar. Gelingt es, die Maschine mit Erfolg einzuführen, dann tritt hier eine grundlegende Änderung ein. So verdrängt die Maschine die menschliche Arbeitskraft immer mehr. Die Folge davon ist, daß der Überfluß an Arbeitskräften immer größer wird. Es gibt nur ein Mittel, um diesen Überfluß einzudämmen, und das ist Anpassung der Arbeitszeit an den technischen Fortschritt. Aber gerade hier setzen die Konservenfabriken dem Fortschritt den größten Widerstand entgegen. Um so mehr muß die Arbeiterschaft für den Fortschritt in der Frage der Arbeitszeit eintreten.

Unser Ziel.

Wir erstreben die freie Gesellschaft, die an Stelle der unmoralischen, geist- und körperkündenden Lohnarbeit die brüderliche, genossenschaftliche Arbeit setzt und den Quell aller staatlichen und gesellschaftlichen Übel, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, verstopft. Wilhelm Liebknecht.

Verschiedene Industrien

Zuchthäusler betrügen Heimarbeiter!

Im Februar d. J. wurden wir von unserer Zahlstelle Sebnitz i. Sa. auf eine Firma Simon u. Ko., Blumenfabrik, Insterburg, aufmerksam gemacht. Die Firma suchte durch die Tagespresse Heimarbeiter und stellte hohe Verdienste in Aussicht. Heimarbeiter, die sich mit der Firma in Verbindung setzten, erhielten folgendes Rundschreiben zugesandt:

PP.

Auf Grund Ihrer Bewerbung sind wir nicht abgeneigt, Sie einzustellen, wenn Sie glauben, den Posten in der angebotenen Weise ausfüllen zu können. Es handelt sich zunächst um das Herstellen von künstlichen Blumen.

Zu diesem Zweck erhalten Sie das Material von uns geliefert. Es ist selbstverständlich, daß Sie wissen müssen, wie die Arbeit ausgeführt werden muß. Zu diesem Zweck haben wir Muster und Anleitung herstellen lassen, und nach diesen Vorlagen haben Sie genau und gewissenhaft zu arbeiten. Sie werden selbst daraus schließen, daß es spielen leicht ist, diese Blumen herzustellen. Früher haben wir gleich den Bewerbern das Mustermaterial und die Anleitung dazu geliefert, aber in unzähligen Fällen haben diese dann nie wieder etwas von sich hören lassen und weder Muster noch Drucksaften jemals zurückgegeben, trotz aller heiligsten Versprechen; obendrein gab es noch zeitraubende und kostspielige Korrespondenzen.

Aus diesem Grunde geben wir das Mustermaterial nebst Anleitung nur gegen sofortige Bezahlung zum Preise von 2 Mk. ab und werden uns auf andere Vorschläge nie wieder einlassen. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie sich die Arbeit sichern wollen. Wir zahlen wöchentlich 30 Mk. für ge-

leistete Arbeit. Die Arbeit muß sauber und eigen ausgeführt werden, da wir die Blumen nur zu unserem alleinigen Vertrieb herstellen lassen. Wir sind jedoch bereit, die Muster anstandslos zum vollen Preise wieder zurückzunehmen, sofern Sie durch unser Verschulden die Fähigkeit nicht aufnehmen können, vorausgesetzt, daß die Muster nicht beschädigt und unbrauchbar gemacht sind. Hochachtungsvoll

Simon u. Ko., Blumenvertrieb.

Auf Grund dieses Rundschreibens haben wir bei unserer Zahlstelle Insterburg Auskunft über die Firma eingezogen. Von da wurde uns sinngemäß mitgeteilt, die ganze Sache sei auf Schwindel aufgebaut, und verschiedene Heimarbeiter, die Kunstblumen angefertigt haben, seien herbeigefallen. Für vierzehntägige Arbeit haben die Heimarbeiter 2 Mk. erhalten. Der größte Teil der Arbeit wurde beanstandet. Die Heimarbeiter mußten es sich gefallen lassen, daß ihnen der Lohn als Schadenersatz für angeblich schlechte Arbeit angerechnet wurde. In den Insterburger Tageszeitungen habe man öffentlich vor den Schwindlern gewarnt.

Nunmehr hat einen Führer der Schwindelfirma das Schicksal ereilt; er wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Kompagnon ist flüchtig, und es ist gegen ihn Haftbefehl erlassen. Wir lassen den Bericht der Insterburger „Ostdeutschen Volkszeitung“ über die Gerichtsverhandlung folgen:

Blumenvertrieb Simon u. Ko. ist eine nicht mehr existierende Firma, deren Chef des fortgesetzten Betrugs beschuldigt waren. Nur der Angeklagte Albert Simon aus Insterburg war erschienen. Sein Kompagnon, der Fleischergehilfe Moos, ein alter Zuchthäusler, hatte sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht. Gegen ihn ist ein Haftbefehl erlassen worden. Diese beiden „fauberen“ Kaufleute beschloßen am 1. Tages, mit 200 Mk. Kapital ein Geschäft zu eröffnen, und meldeten auch das Gewerbe an. In vielen Zeitungen Deutschlands ließen sie Inserate los, und zwar suchten sie Heimarbeiter, die die Anfertigung von künstlichen Wollblumen zu einem Wochenlohn von 30 Mk. übernehmen sollten. Tatsächlich meldete sich auch eine große Menge von Interessenten. In pompöser Aufmachung mit Firmen- und Aufdruck gingen nun an alle diese Opfer Schreiben los, in denen die Angeklagten zu sofortigem Zutritt ermunterten. Die Arbeit sei wöchentlich an die Firma einzuliefern. Da sie schon trübe Erfahrungen gemacht hätten, müßte vorher ein Betrag von 2 Mk. in Briefmarken eingekauft werden, worauf dann eine Vorlage und Musterlieferung für 35 Pf. erfolgte. An den „gekühderten“ Heimarbeiter ging dann ein zweiter Brief los, in dem die bestige Firma schon 8 Mk., später 15 Mk. verlangte, damit dem Angestellten zunächst ein Teil des Anfertigungsmaterials, später der Rest zugehen sollte. Es war den beiden Geschäftsinhabern ein leichtes, Blumensträußchen, die auch tatsächlich eingingen, zu beanstanden und zurückzuschicken. Diese Klausel hatten sie wohlweislich auch in das Schreiben mit eingefügt. Das ganze Geschäft war auf großen Schwindel angelegt. Fast niemand der armen betrogenen Leuten, die ihre letzten paar Pfennige zusammengekauft hatten, um dieses verlockende Angebot anzunehmen, hat sein Geld wiedergegesehen. So haben sich diese Gesellen an den Armen der Armen bereichert. Viele hundert Mark waren im Laufe von zwei Monaten bis zu der Verhaftung des Simon eingegangen. Die Angeklagten dachten gar nicht daran, einen ernsthaften Betrieb aufzuziehen. Das Gericht verurteilte S. zu 1 Jahr Gefängnis. Da S. für ein vorher gegebenes Verbrechen eine einjährige Zuchthausstrafe absah, wurden beide Strafen zusammengezogen zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus.

Es ist schon öfter vorgekommen, insbesondere aber in den letzten Jahren, daß Heimarbeiter ähnlich von ausgekochten Schwindlern betrogen worden sind. Gegen Anzeigen in Tageszeitungen, die hohe Verdienste in Aussicht stellten, sollten Heimarbeiter oder solche Personen, die Heimarbeit verrichten wollen, recht vorsichtig sein. Erkundigungen einziehen zu lassen, ist am Platze. Dadurch ist es auch möglich, die Öffentlichkeit auf evtl. unlautere Firmen aufmerksam zu machen, um so die Inhaber der vielfach verdienten Strafe zuführen zu können. H. Effein.

Frauenfragen.

Mutter.

Du bist nun alt geworden, meine Mutter. Dein Gang ist gebückt, matt sind deine Augen. Fern bin ich jetzt von dir. Aber oft an den Stunden des Abends, wenn die Dämmerung anheimelnd im Zimmer weht, denke ich an dich und an dein arbeitsreiches Leben. Du warst eine rechte Proletarierfrau, es ist dir nichts erspart geblieben. Nichts von all den Sorgen und Mühen unserer Klasse. Ich sehe die Fabrikhörnsteine und die Kohlenhaufen meiner Heimat. Sehe die Arbeiter der Schächte, die am Abend nach Hanswurstern. Müdigkeit und Erbitterung in ihren Gesichtern, wie verkörperte Gestalten von Meunier. Und ich weiß noch genau, wie die Sorge gar oft unser Gast war. Sie war es, die unsere Kindheit trübte — und unser Mutter Leben zermalmte. Die frühesten Erinnerungen umschaffen Not und Entbehrungen. Streiks und Aussperrungen, der lebensgefährliche Beruf des Vaters, der geringe Lohn, wo bleibt dann die Lebensfreude?

Sronarbeit - freie Arbeit.

Unser letzter Artikel zeigte an, daß alle menschliche Arbeit ihrem Charakter nach geschichtlich bedingt, man kann auch sagen: gesellschaftsbestimmend ist, daß also die jeweilige Gesellschaftsform auch den Charakter der gesellschaftlich notwendigen Arbeit bestimmt. Eine Gesellschaft von noch unentwickelten urwüchsigen Naturmenschen arbeitet, um den gemeinsamen eigenen und unmittelbaren Bedürfnissen des Lebensverbandes, z. B. der Nahrung usw., zu genügen. Wies ist hier der Zweck des Arbeitens. Aus diesem klaren und unverkennbaren Zweck aber ergibt sich dann das Maß und die ganze Art der Arbeit, also ihr Charakter, einfach von selbst. Es ist dort noch Arbeit, die keinem Belastenden Klassen dient, und die deshalb so gestaltet ist, daß sie nicht als Fron ausgeübt wird, sondern als natürliche und möglichst freudvoll herausgestellte Lebensbetätigung. Diese Art, zu arbeiten, ist der unterjochten Naturmenschen ganz selbstverständlich. Erst in der Klassengesellschaft mit Sklaverei und Ausbeutung ist die ursprüngliche Form der Arbeit vollständig zerstört worden.

Die kapitalistische Gesellschaft kennt bei der Arbeitsgestaltung nicht das Prinzip der Rücksichtnahme auf den Menschen und sein Lebensglück. Das menschenfeindliche Prinzip verschwand von da an, wo die Arbeit in den Dienst einer Ausbeutung gestellt wird, und daneben verschwand zugleich auch das Prinzip des Selbstzwecks der Arbeit auf das wirkliche gesellschaftliche oder auch nur wirtschaftliche Bedürfnis — unter dem Kapitalismus vor allem. Ist das eine recht unvernünftig, so geht das andere gegen die Menschennatur. Denn selbst heute noch, im Kapitalismus, wo die Natur dieser Gesellschaftsform es mit sich bringt, daß durch den Arbeitscharakter die große arbeitende Menschennatur vergewaltigt ist, suchen alle diejenigen, die dazu in der Lage sind, sich das Arbeiten immer noch etwas nach ihrer eigenen inneren natürlichen Veranlagung, d. h. nach ihrer Liebhaberei einzurichten.

Zu arbeiten — dies ist an sich jedem Menschen ein natürliches Bedürfnis. Der Mensch, vor allem der Kulturmenschen, lechzt nach

Lat, nach Gestaltung; es gehört mit zu dem, was ihm Freude bereitet, wie denn schon ein Trieb nach Entwicklung, nach weiterer Aufwärtsbewegung im einfachen urwüchsigen Menschen steckt und ein Stück seiner Seele bildet. Innerhalb der natürlichen und sozialen Wirklichkeit, in der der Mensch lebt, drängt es ihn durch eine bestimmte vorwärtsdrängende Begehrtheit, die er in sich trägt, zur Entwicklung seiner Produktivkraft. So ist der Mensch, er ist seinem Trieb nach Schöpferischen nach nicht zur Untätigkeit geignet. Arbeit ist ihm ein Stück Lebenslust, und von einem Kulturmenschen der Gegenwart kann man geradezu sagen, daß es ihn zugrunde richten hiesse, wenn man ihn zwingen würde, sein Leben in vollständiger Untätigkeit zu verbringen. (Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit beweist es. D. Red.) Ihm ist Arbeit ein wahres Kulturbedürfnis, und sie ist dies um so mehr, je höher die Kultur.

Aber der Mensch will von Natur aus nur arbeiten, um sich nach Maßgabe seiner Bedürfnisse das Leben angenehmer zu machen. Die dazu unentbehrliche Arbeit möchte er sich so einrichten, daß sie das Leben nicht zur Last und Qual gestaltet, sondern möglichst Freude und Befriedigung bereitet. Und ununterbrochen Naturbedürfnisse richten sich auch heute noch nach diesen Bedürfnissen ihre Arbeit ein. Nur unterdrückt, ausgebeutete Menschen sind ins Joch der Arbeit gespannt; bei ihnen hört die Arbeit nie auf, und immer ist der Arbeitscharakter so gestaltet, daß arbeiten und Arbeiter sein nun als eine schwere Last, als ein Fluch des Lebens erscheint.

Die Ursache hierfür liegt darin, daß mit dem Aufkommen der Ausbeutergesellschaft die Zweckbestimmung der Arbeit eine zweifache geworden: Bedürfnisbefriedigung zum Zweck der Profiterzeugung, und daß die Bestimmung über die Arbeitsgestaltung nicht in den Händen derer liegt, die vornehmlich die Arbeit leisten, sondern derer, die die Arbeit ausbeuten.

Ursprünglich fanden die Menschen als Gleiche da, in ihren primitiven Verbänden, den menschlichen Gesellschaften, und ohne ausgebeutet zu sein, arbeiteten sie nur zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse. Aber dadurch, daß die gesellschaftliche Entwicklung die Produktionsmittel in die Hände von einzelnen brachte, wurden

diese einzelnen zu Beherrschern der anderen, und dadurch gestaltete sich auch der Arbeitsprozess so, daß er schließlich nicht mehr auf die Interessen der Arbeitenden, sondern nur noch auf die Interessen der Ausbeutenden zugeschnitten war. Wenn der heutige Unternehmer kein Interesse an der Arbeit „seiner“ Arbeitenden hat, seinen Profit nicht dabei gewahrt sieht, schießt er sein Unternehmen. Es ist so weit, daß ein Kilo Rohmaterial, Seide oder Stahl, eine Maschine und gar ein Gewinnverlust erst mehr als der arbeitende Mensch gilt und pfleglicher als dieser behandelt wird. Nichtachtung des Menschen trat in jedem Ausbeutungsverhältnis ein: im großen gesehen in der Sklaverei, in der Hörigkeit, in der kapitalistischen Gesellschaft.

Und da nun die kapitalistische Gesellschaft nach der Auffassung fast aller bürgerlichen Gelehrten die letzte und höchste Stufe aller Entwicklung ist, so nimmt danach auch die mit dem Kapitalismus verbundene, mit Leid und Beschwerde behaftete Art von Arbeit kein Ende...

Wir Sozialisten aber sagen, daß die kapitalistische Produktion nur eine besondere und wieder vorübergehende Form in der langen Geschichte der Arbeitsentwicklung ist. Diese Form wird verschwinden, wie auch die Sklaverei und die Hörigkeit bei uns verschwunden sind.

Geschichtlich wird auf die kapitalistische Fron die freie sozialistische Arbeits- und Gesellschaftsform folgen. Die Arbeit ist auch dann noch die Grundlage der Gesellschaft. Als Sidnerin von Gebrauchswerten... ist die Arbeit eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit... so sagt Karl Marx. Aber die sozialistische Gesellschaftsform läßt auf die Arbeit wieder die Sonne scheinen.

Sozialismus ist vor allem eine Arbeitsgestaltung, die dem Menschen eine freundliche Anregung ist, ein Born zur Lebensverbesserung für die Gesamtheit, aus dem aber zugleich der einzelne in jeder Hinsicht neue Kräfte schöpft. W. Reimes.

Aber du, meine Mutter, verzagst nie. Trotz alledem und alledem. Du hast geschafft wie ein Arbeiter. Und immer warst du die Güte selbst. Weißt du noch, wie damals der Vater im Schacht verschüttet wurde und wochenlang krank im Hause lag? Auch in jenen Tagen hast du ausgehalten. Bist selbst auf Arbeit gegangen, trotz der vielen Kinder, die dich zu Hause brauchten. Welcher andere Ausweg wäre dir auch geblieben? Ich habe dich bei der Arbeit gesehen. Schweifend standest du an der Löffelpresse, inmitten von Schmutz und Rauch, und über dir brannte die Augustsonne. Wenn du dann abends heimkamst, erwarteten dich neue Pflichten. Aber du warst doch so hungrig und müde. Der Vater brachte deine Pflege und wir Kinder hatten Hunger. Um alles müdest du dich kümmern. Diese Tage, ich werde sie nie vergessen. Du hast beim Witzeln der Petroleumlampe bis spät in die Nacht hinein gesessen. Fast ausgebeißert und gestiftet. Wenige Stunden Ruhe, und wieder erwartete dich der neue Werktag.

Zehn Kinder hast du damals ganz allein ernährt. Das, liebe Mutter, wird dir keine der wohlgenährten Bürgerfrauen nachmachen. Sei stolz darauf, sei stolz! Fünfzehn Kinder hast du geboren und sie in Ehren aufgezogen. Sie schlagen sich tapfer durch die Welt. Nur du, unglückliche Mutter, bist dabei fast zugrunde gegangen. Wie so viele, viele andere. Die Tragödie einer Proletariermutter.

Manchmal als Erwachsener habe ich bitter gelächelt, wenn ich das abgedroschene Wort der Besessenen hörte: Viel Kinder, viel Segen. Ach, sie sollten es einmal, nur wenige Wochen, durchmachen, wie eine kinderreiche Arbeiterfamilie zu leben. Sollten einmal sehen, wie die Hauswirte solche Familien von Haus zu Haus jagen. Und sie würden bald anders reden.

Wie sehnsüchtig wartete meine Mutter darauf, daß ein von uns aus der Schule käme. Denn „aus der Schule kommen“, das hieß für uns „ein Esser weniger“, das hieß fort in die Welt und auf eigenen Füßen stehen. Und die Jahre kamen und gingen. Unsere Mutter wurde älter und sah doch nie etwas vom Leben da draußen. Am Sonntag jagest du zu Hause und stopfstest Strümpfe oder hastest andere Arbeiten zu verrichten. Keine Reise, keine Erholung, nichts von alledem. So war es immer. Die wenigen Sonntage, die du außer dem Hause verbrachtest, sind zu zählen. Immer dieselbe Getreidemühle, jahrein, jahraus. Keinen Trost im Herzen als das eiserne: ich muß!

Jahr um Jahr ging ins Meer der Unendlichkeit. Da geschah es ein Mal, daß ich nach langer Abwesenheit wieder zurückkam ins Vaterhaus. Ein Montag. Auf den Bäumen der Landstraße, die vom Bahnhof nach dem Dorfe führt, prangten die Kirchschilder wie frischgefallener Schnee. In der Luft gurrten die Lerchen. Frühling war im Land.

Da geschah es, daß ich meiner Mutter begegnete. Ich sah, wie ihr ein freudiger Schrecken über das Gesicht huschte. Und da konnte ich nicht anders. Ich stellte meine Kofferchen auf den Boden und küßte meiner Mutter die eingefallenen Wangen. In der Fremde des Wiedersehens weinte ich — und habe mich der Tränen nicht geschämt. Ich weiß, wir Arbeiter sind ein rauhes Geschlecht, Jährlinge sind bei uns selten, aber wenn uns die Fremde zu Umarmungen hinreißt, so wissen wir: sie ist ehrlich empfunden. Unsere Seele verstaubt durch den Alltag, und gar oft auch die Ideale und all die glühenden Hoffnungen der Jugend.

Nun, meine Mutter, bist du alt geworden. Alter als deine Lebensjahre. Die Zeit ging über dich hin. In deinem Gesicht sind Falten, graue Haarsträhnen an den Schläfen. Doch in den Winkeln deiner Lippen leuchtet noch das glühe und wehmütig-verzückende Lächeln wie in vergangenen Tagen. Möge dir noch einmal im Leben die Freude erblühen, mögest du noch einmal geliebt werden. Ich hoffe mit Sehnsucht darauf und — kann doch nicht hoffen. Es gibt ein Gedicht von Vellef v. Villenron. Wenn ich dich sehe, wenn ich von dir träume, immer denke ich an diesen Lobgesang mütterlicher Liebe.

Wie oft sah ich die blauen Hände regen,
Ein Stück für mich, wie liebevoll du sorgtest.
Arthur Jahr.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

§ 7 der Arbeitszeitverordnung in der Tabakindustrie.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats untersuchte die sanitären und gewerbehygienischen Verhältnisse in der deutschen Tabakindustrie. Das Ergebnis dieser Untersuchungen war folgender Antrag, der in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses am 21. April 1931 zur Annahme gelangte:

Der Herr Reichsarbeitsminister wird ersucht:

I.
Dem § 7 der Arbeitszeitverordnung sind zu unterstellen:
In der Gesamt-Tabakindustrie die mit dem Auseinandernehmen der Tabakballen und der Vorbereitung des trockenen Materials bis zur Besetzung beschäftigten Arbeitnehmer.

II.
Hinsichtlich der Heimarbeit wird der Herr Reichsarbeitsminister ersucht, auf dem Verordnungswege das Entzippen und Löschen des Tabaks in der Heim- und Hausindustrie im Interesse der Linderungsgefahr und der Kinderarbeit baldmöglichst zu untersagen.

Durch Abschnitt I soll in der gesamten Tabakindustrie eine längere als täglich achtstündige Arbeitszeit unterjagt werden für Tabakarbeitsgruppen, die gezwungen sind, den Tabak trocken zu bearbeiten.

Dagegen will Abschnitt II die größten Gefahrenquellen und die gesundheitlich schädlichste Arbeit in der Hausindustrie untersuchen. Es bleibt nur zu wünschen, daß Reichsarbeitsminister Stegerwald diesen Beschlüssen des RWR baldigst Rechnung trägt.
G. Stähler.

Kann ein Arbeitsloser wegen Nichtbezugs des Familienzuschlags bestraft werden?

Der Arbeitslose A. in M. lebt von seiner Ehefrau und seinem Kinde getrennt, angeblich weil seine Frau die eheliche Treue nicht halte. Ehestandsgesetze will er nicht einreichen. Die Frau und das Kind werden hilfsbedürftig im Sinne der Verordnung über die Fürsorgepflicht und müssen daher aus öffentlichen Mitteln durch den Fürsorgeverband unterstützt werden. Alle Ermahnungen des letzteren, beim Arbeitsamt M. bei welchem er Arbeitslosenunterstützung für seine Person bezieht, auch die Bewilligung des Familienzuschlags für Frau und Kind zu beantragen, lehnt A. ab. Die direkten Beantragungen des Wohlfahrtsamtes beim Arbeitsamt, die Zuschüsse einzufordern, lehnt dieses ab, da A. einen diesbezüglichen Antrag nicht stellen will und ohne dessen Zustimmung die Familienzuschläge nicht gewährt werden können.

Infolgedessen stellt das Wohlfahrtsamt Strafantrag gegen A. und beantragt Verhaftung nach § 361 Ziffer 10 des Strafgesetzbuches. Gemäß diesem Paragraphen wird A. mit einer Geldstrafe von 30 Mk. oder 10 Tagen Haft bestraft, weil er sich der Unterhaltspflicht seiner Angehörigen entzieht und dadurch die Beförderung erschwert.

H. Lamprecht.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Kommunistische Gewerkschafter sind nicht tariffähig.

Das Kölner Arbeitsgericht hatte sich unlängst mit der Frage zu befassen, ob die von der Kommunistischen Partei ins Leben gerufenen Verbände (RGO) tariffähig sind. Ein Kohlenarbeiter klagte gegen die Stadtgemeinde Köln auf Zahlung eines tariflichen Lohnbetrages. Als Prozessvertreter des Klägers trat ein früheres Mitglied des Arbeiterrats der Kohlenarbeiter auf, der auf Verlangen des Arbeiterrats der Kohlenarbeiter die Erklärung abgab, Mitglied der RGO (Revo-

lutionäre Gewerkschaftsopposition) zu sein. Das Gericht wies durch Entscheidung den Prozessvertreter zurück und verwies in den Entscheidungsgründen auf ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 30. April 1930 — RAG. AB. 3/300 —, worin es heißt, daß die sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht tariffähig sei und ihre Vertreter bei den Arbeitsgerichten nicht zugelassen werden könnten. Es sei mit dem Wesen des Tarifvertrages nicht zu vereinbaren, daß Gruppen als Partner auftreten, die ihre Ziele mit allen Mitteln der direkten Aktion zu erreichen versuchen. Die Gewähr der Tariftreue sei in diesem Falle nicht gegeben.

Das Urteil des Arbeitsgerichts ist eine Mahnung an die Arbeitnehmer. Ihre Interessenvertretung können nur die freien Gewerkschaften sein, die als tariffähige Organisationen berechtigt sind, Prozessvertreter in Verhandlungen vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten zu stellen.

Genossenschaftsbewegung.

Lindcar-Fahrradwerke AG.

Eine Bilanz des Krisenjahres.

Die den freien Gewerkschaften gehörigen Lindcar-Fahrradwerke AG., Berlin-Lichtenrade, weisen für das verfloßene Jahr einen Reingewinn von 129 132 Mark aus gegenüber 241 837 Mark im Vorjahr. Die Dividende wird von 10 auf 5 Prozent ermäßigt.

Bei Betrachtung der diesjährigen Lindcarbilanz müssen die Auswirkungen der fürchterlichen Wirtschaftskrise berücksichtigt werden, die naturgemäß das Fahrradgeschäft doppelt treffen mußten. Der Lindcarbericht bemerkt zur Krise, „daß die steigende Arbeitslosigkeit in erster Linie die Bevölkerungsschichten erfährt, die als Käufer von Lindcarrädern in Betracht kommen. Auch das Lindcarunternehmen sei, wenn auch in geringerem Maße, von den Auswirkungen dieser Krise erfährt worden. Die Lindcar-AG. verdanke es in erster Linie der intensiven Mitarbeit der Gewerkschaftskräfte, wenn sich der Rückgang unseres Umsatzes in erträglichen Grenzen gehalten habe.“ — Zahlenmäßig ergibt sich folgendes Bild: Die Produktion hat bei Lindcar im Jahre 1929 rund 50 000 Räder betragen, im Jahre 1930 30 000. Verkauft wurden im Jahre 1929 43 777 Stück, im Jahre 1930 29 060. Die Lagerbestände konnten eingeschränkt werden. Wenn der Verkauf sich

Diktatoren.

Das Volk ist unfähig, seine Interessen zu verstehen! So sprechen eine Menge Heuchler, welche die Angelegenheiten des Volkes verstehen wollen, um sich von den Kräften desselben zu mäßen.

Alle werden gleichgeboren; keiner, der auf die Welt kommt, bringt das Recht, zu herrschen, mit.

Der Unterdrücker, der sich mit dem Namen der Freiheit deckt, ist der ärgste Unterdrücker.
Lamennais.

noch immer, verglichen mit dem anderer Unternehmungen, auf einer beachtenswerten Höhe gehalten hat, dann trägt dazu neben dem Werbungsprogramm der Lindcar-AG. die von Lindcar durchgeführte Preispolitik bei. Schon im letzten Quartal 1930 wurden im Zusammenhang mit den Preisabbaubestrebungen die Preise um 10 Prozent gesenkt. Im Jahre 1931 erfolgte im Anschluß an die Einführung verbesserter Modelle eine weitere — rund 15 Prozent ausmachende — Preisreduzierung. So wurde das billigste Rad von 115 Mark auf 89,50 Mark gesenkt. Aber das neu aufgenommene Rahmenmaschinenmodell wird gesagt, daß es sich sehr gut eingeführt und bereits Erfolge erzielt habe. Weiter ist eine Verbreiterung der Geschäftsbasis für 1931 durch die Aufnahme eines Motorfahrrades mit Licht- & Sachs-Hilfsmotor erfolgt. Es handelt sich um einen feuer- und fahrerfreundlichen Lipp mit 2 Gangbetriebe, der sich schnell eingebürgert scheint.

In der Bilanz hat sich der Reservefonds bis Ende 1930 von 101 000 auf 151 000 Mark erhöht. Der Reingewinn beträgt 129 132 Mark gegenüber 241 837 Mark im Vorjahr. Davon werden zur Ausschüttung einer 5-prozentigen Dividende auf das Aktienkapital von 2,05 Millionen, die restlos den Gewerkschaften zugute kommt, 100 250 Mark verwandt (im Vorjahr 163 000 Mark) und 10 000 Mark (50 000 Mark) zur Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds; 18 882 Mark (28 837 Mark) werden vorgezogen.

Man kann der Lindcar-AG. das Zeugnis ausstellen, daß sie es im fürchterlichen Krisenjahr 1930 verstanden hat, die Schwierigkeiten zu meistern.

Soziale Baubetriebe und 40-Stunden-Woche.

Die Verhandlungen der baugewerblichen Gewerkschaften mit dem Verband sozialer Baubetriebe über die Einführung der 40-Stunden-Woche führten zu dem Ergebnis, daß folgendes vereinbart wurde: Von sämtlichen zur Bauhüttenbewegung gehörenden Betrieben wird erwartet, daß sie die Forderung der Gewerkschaften auf Einführung der 40-Stunden-Woche erfüllen. Die Art, wie im einzelnen Betriebe die 40-Stunden-Woche durchgeführt wird, ob durch entsprechende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder im Wege der 5-Tage-Woche oder auf andere Weise, soll den Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben vorbehalten sein. Ebenso sollen die zuständigen Organe prüfen, inwieweit für die verkürzte Arbeitszeit ein Lohnausgleich möglich ist.

Die Lohnverhältnisse bei den Konsumvereinen.

In dem Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der deutschen Wirtschaft über die Konsumvereine sind ausführliche Angaben über die Entlohnung der Arbeiter und Angestellten enthalten. Es wird gesagt, daß das Konsumvereinspersonal schon bei Jagründelegung der Löhne erheblich höher bezahlt wird als die Arbeitnehmer im Einzelhandel. Die Löhne sind um 10 bis 20 Prozent höher als im Einzelhandel. Dieser zahlt allerdings teilweise auch überhöhten Löhne, jedoch fehlt es hier an der richtigen Vergleichsbasis. Der Durchschnittsgehälter beschäufte überhaupt keine Angestellten; seinen im Geschäft tätigen Kindern zahlt er gegebenenfalls ein Taschengeld von 100 Mark. Vergleiche über die Lohnverhältnisse sind nur möglich mit den Warenhändlern und Massenfabrikbetrieben. Für diese gilt in vollem Umfange die Angerung des Sachverständigen C. C. auf Seite 169 des Konsumvereinsberichts. Die Löhne liegen bei ihnen weit unter den vom Konsumverein gezahlten und oft noch unter den Einzelhandelslöhnen, da insbesondere die Verkäuferinnen nur sehr mangelhaft organisiert sind. Der Bericht des Ausschusses über die Massenfabrikbetriebe äußert sich allerdings etwas günstiger; hebt aber auch hervor, daß eine überhöhtige Bezahlung nicht faßbar ist. Wenn es heißt, daß „durchweg“ nach Lohn bezahlt wird, so wird damit die Möglichkeit unternichtlicher Bezahlung indirekt gegeben.

Sozialpolitisch interessant ist die Feststellung des Ausschusses, daß die von den Konsumvereinen den leitenden Angestellten und den Vorstandsmitgliedern gezahlten Gehälter ganz erheblich unter den in der Privatwirtschaft von diesen Personen

erzielten Einkommen liegen. Aufschluß hierüber gibt eine Tabelle des Berichts. Danach erreicht das Gehalt des Geschäftsführers eines großen Vereins mit über 5 Millionen Mark Umsatz kaum die Höhe der einem mittleren Beamten gewährten Vergütung!

Ausland.

Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich in Australien.

Im australischen Bundesstaat New Südwales trat Ende Dezember 1930 ein neues Arbeitszeitgesetz in Kraft, das das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erleichtern, ohne das Lohnneinkommen der Beschäftigten zu vermindern. Auf Grund dieses Gesetzes wird die Arbeitszeit in Bergwerken für Untertagearbeiter auf täglich sechs Stunden begrenzt. In anderen Produktionszweigen, mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, wurde die Arbeitszeitbeschränkung derart vorgenommen, daß die Arbeitszeit nicht überschritten werden darf: a) 8 Stunden innerhalb von 24 Stunden oder b) 44 Stunden die Woche, oder c) 88 Stunden in 14 aufeinanderfolgenden Tagen, d) 132 Stunden in 21 aufeinanderfolgenden Tagen, oder e) 176 Stunden in 28 aufeinanderfolgenden Tagen. Die Frühstückspause wird in die Arbeitszeit eingerechnet. Überstunden sind zugelassen, können aber vom Gericht für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten oder von einem Industriemittel beliebig eingeschränkt werden, wenn dadurch die Arbeitslosigkeit erleichtert werden kann. Diese Körperschaften haben das Recht, die Arbeitszeit im öffentlichen Interesse zu verlängern, aber auch zu verkürzen, wenn die betreffende Arbeit gesundheitsgefährlich ist. Das neue Gesetz enthält beachtenswerte Verfügungen für die Sicherung eines Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzung. Die Lohnsenkung als Folge der Arbeitszeitverkürzung wird ausdrücklich verboten. Die Stunden- oder Tageslöhne müssen so erhöht werden, daß der Arbeiter denselben Lohn erhält wie vor der Arbeitszeitverkürzung. Die Vorkordrichtsätze sind um 10 Prozent zu erhöhen. Die bestehenden Tarifverträge müssen im Sinne des neuen Gesetzes für die Arbeitszeitverkürzung geändert werden.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer b des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Bitterfeld: Ernst Pahnke, Mitgl.-Nr. S II 677 614; Dresden: Bruno Lohmann, Mitgl.-Nr. 1 096 995; Hamburg: Martin Drenghan, Mitgl.-Nr. S II 762 098; Alesja a. d. E.: Karl Schneider, Mitgl.-Nr. 1 035 470; Schwann l. Nr.: Paul Langschwager, Mitgl.-Nr. 863 507.

Literarisches.

Trieba Wunderlich, Keilenaustrich — Keilenaustrich. Sonderdruck der „Sozialen Praxis“, Berlin W 30, Rollenbörsestraße 29/30, 19 S., 40 Pf. Die Herausgeberin der „Sozialen Praxis“ fordert von den Sozialpolitikern Stellung auf die Ursachen der Krise.

Opa Domanevskaja: „Agrarsozialismus in Sowjetrußland. Bringt die Kollektivierung den Ausweg?“ Umfang 10 Bogen. Preis kartoniert 5 Mk., Einband 2 Mk. E. Laubische Verlagshandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Das Buch von Opa Domanevskaja, angefaßt auf objektiven Studien der wichtigsten Quellen, enthält reichhaltiges Material und eine kritische Behandlung des komplizierten Kollektivierungsproblems. Die Verfasserin legt die schwierigen Aufgaben dar, die für die Gesamtwirtschaft durch die Kollektivierung entstehen, und sie geht ebenfalls auf die Wirkungen ein, die die Kollektivierung auf die politischen Gesetze des Landes ausüben kann. Jedem, der sich für die Frage interessiert, ob die Kollektivierung Sowjetrußlands einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise bringen kann, gibt das Buch eine klare, eindeutige Antwort.

Warum ist der Himmel blau? Warum ist der Himmel im Gebirge blau als in der Ebene? Warum über der freien Natur blauer als über den großen Städten? Ein jeder von uns hat sich darüber schon einmal Gedanken gemacht. Der toben erzielene 8. Band des „Großen Brockhaus“ gibt uns unter dem Stichwort „Himmelsfarbe“ Auskunft darüber, knapp und klar, ohne unnötige Worte und doch erschöpfend wie wir es eben bei einem „Großen Brockhaus“ gewohnt sind. Der neue Band umfaßt alle Stichwörter, die mit dem Buchstaben H beginnen, und wir finden eine große Anzahl von Artikeln, die unsere besondere Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen. Das erste Hochhaus in Amerika wurde bereits im Jahre 1883 erbaut, gegenwärtig haben wir in USA. über 4788 Gebäude mit mehr als 10 Stockwerken, davon 377 mit über 20 Stockwerken. Die zu diesem Artikel gehörende Tafel zeigt uns die berühmtesten Hochhäuser der Welt und gibt gleichzeitig einen Einblick in die Technik des Hochhausbaus. Wenige Seiten weiter stoßen wir auf den Artikel „Hochstationen“ mit einer Übersicht über die bekanntesten meteorologischen Hochstationen, die der Welt existieren, daß die höchste Wetterwarte der Welt in Bolivien liegt (4920 Meter), während sich die höchste Wetterwarte in Europa auf dem Monte Rosa in 4560 Meter Höhe befindet. Zierfreunde werden an Bildtafeln „Hunde“ (55 Abbildungen) ihre helle Freude haben, der wissenschaftliche Artikel dazu (10 Spalten Text) gibt uns nicht nur eine ausführliche Klassifizierung über die Stammeigenschaften anderer diebeintigen Fremden können wir recht interessante Einzelheiten unter „Haustiere“ nachlesen, sondern auch Angaben über Hundezucht, Hundezüchter oder Hundkrankheiten, ein neuer Hinweis, daß der „Große Brockhaus“ kein trockenes wissenschaftliches Werk ist, sondern in enger Verbindung mit der Praxis für das tägliche Leben geschaffen worden ist. Auf eine andere wichtige Eigenschaft des „Großen Brockhaus“ sollte immer von neuem hingewiesen werden: die unbedingte Sachlichkeit, mit der er über alle Dinge berichtet, die für den Menschen von heute von Wichtigkeit sind. Dies trifft vor allem in politischer und konfessioneller Hinsicht zu. Der Verlag schrieb dazu einmal: „Der Große Brockhaus will keiner Partei dienen, er will nicht richten, sondern berichten. Strikte Anshichten, deren je zur Genüge vorhanden sind, werden nicht so oder so entschieden, sondern unbedungen nebeneinander gebracht.“ In wech höchstem Maße dieses Ziel erreicht wurde, das zeigen die vorliegenden acht Bände, und der selbständig denkende Mensch, der gewohnt ist, Anschauungen und Meinungen nicht unbedungen zu übernehmen, sondern sich selbst sein Urteil zu bilden, kann mit Zuversicht feststellen, daß es eine Stelle gibt, die ihm in vorurteilsfreier und objektiver Weise die Unterlagen hierzu vermittelt. In diesem Sinne wird der „Große Brockhaus“ zu einem wichtigen Einheitsgut der guten deutschen Eigenheit, die — in bestmöglicher Anwendung — ihren Ausdruck findet in der Schriftart unter dem Bild Kaiser Karls im Römer zu Frankfurt.

Mit Urteil sprechen gar nicht alle, bis du gehört hast beide Teile.

„Der Große Brockhaus“, Band 8 (H—R) 706 Seiten, mit vielen Abbildungen und Karten in Einzelheften 28 Gm. (bei Untertisch eines alten Lesens laut Bedingungen 23,50 Gm.).

**Ein Nachschlagewerk
braucht jeder moderne Mensch —**

aber ein
Brockhaus
müßes sein!

Verlangen Sie unverzüglich Prospekte in einer
Buchhandlung

F. A. Brockhaus, Leipzig C1, Querstr. 16

Chemische Industrie

Schwere Explosion in der Sacharinfabrik Magdeburg.

Am Dienstag, dem 28. April, ereignete sich in der Sacharinfabrik, W.G., vorm. Fahlberg, List u. Ko., Magdeburg, eine Explosion, bei der sieben Arbeiterinnen und ein Arbeiter sofort getötet und fünf verletzt wurden. Zwei der Verletzten wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus geschafft. Der Meister kam mit leichten Verletzungen davon.

Das Unglück ereignete sich in einem Betrieb, in dem Nebelpatronen zur Verteilung von Ungeziefer hergestellt wurden. In der Abteilung wurden neben dem Meister und dem zu Tode gekommenen Arbeiter 12-15 Frauen beschäftigt. Drei Frauen befanden sich zufälligerweise außerhalb des Fabrikgebäudes und wurden dadurch gerettet. Die Verbrannten sind derart verkohlt, daß ihre Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Die Fabrik liegt im Stadtteil Magdeburg-Südost in einem reinen Proletarierquartier. Feuerwehr und Polizei waren schnell zur Stelle. Trotzdem bemühten sich der Einwohner eine Panik, weil man weitere Explosionen befürchtete. Es gelang aber, das Feuer auf den Herd zu beschränken.

Die Ursache der Explosion konnte bisher nicht festgestellt werden. Es ist auch fraglich, ob sie jemals aufgeklärt werden kann. Der zu den Nebelpatronen benötigte Salpeter war in größeren Mengen gelagert. Der Salpeter sowohl wie alle übrigen Chemikalien, die als Rohmaterialien dienen, sind durch die Explosion vernichtet worden. Ebenso sind sämtliche Maschinen und Apparaturen der Betriebsabteilung der Explosion zum Opfer gefallen. Die Sacharinfabrik selbst ist aber verschont geblieben.

Die „Magdeburgische Zeitung“ brachte in ihrer Nummer 232 vom 29. April einen eingehenden Bericht, der unter dem ersten Eindruck der Explosionskatastrophe geschrieben war. Als Vertreterin kapitalistischer Interessen konnte sich die Redaktion aber nicht verkneifen, folgende Bemerkung dem sonst objektiven Bericht anzuhängen:

„Wie uns unsere Berliner Handelsredaktion meldet, ist der Kurs der Fahlberg-List-Aktien durch das Brandunglück nicht beeinflusst worden. Es kam kein nennenswertes Material an den Markt.“

Daß der Börsenkurs der Aktien aufrechterhalten wird, scheint der „Magdeburgischen Zeitung“ wichtiger zu sein als der Verlust von Menschenleben.

Diese Explosion zeigt wieder mit aller Deutlichkeit, daß die Gefahren in der chemischen Industrie unübersichtlich sind. Katastrophen brechen unvorhergesehen herein. Alle Zeitungsmeldungen besagen übereinstimmend, daß gerade in dieser Betriebsabteilung ein solches Unglück nicht vermutet werden konnte. Da die meisten im Betriebe beschäftigten Personen zu Tode gekommen sind, die Verletzten am ersten Tage nicht vernehmungsfähig waren, von der inneren Einrichtung des Betriebes nichts übriggeblieben ist, besteht keine Hoffnung, daß die Ursachen der Explosion aufgeklärt werden können. Es wird deshalb Aufgabe der Behörden sein festzustellen, was für Rohstoffe in dem Betriebe verarbeitet wurden und in welchen Mengen sie lagerten, ob Arbeitsmethoden Anwendung fanden, die zu einer Explosion führen konnten, und ob ferner andere Stoffe im Betriebe vorhanden waren oder lagerten, die die Explosion ausgelöst haben. Dabei darf man sich nicht nur auf die Angaben der Firma verlassen. Auch die in Frage kommenden Arbeiter, soweit sie noch am Leben sind, müssen darüber eingehend vernommen werden.

Es ruht nichts, die Opfer einer solchen Katastrophe zu bebauern und in der ersten Aufwallung vielleicht finanzielle Mittel für die Hinterbliebenen bereitzustellen. Notwendig und wichtiger ist, die Gefahrenquellen aufzuzeigen und zu beseitigen.

Vor Redaktionsschluss wird uns noch bekannt, daß von den Verletzten noch zwei Arbeiterinnen gestorben sind. Die Gesamtzahl der Toten beläuft sich also auf zehn. Der im Krankenhaus liegende Meister Günther soll sich den Umständen nach gut befinden. Die schwer verletzte Margarete Rose ist angeblich außer Lebensgefahr. Unter den Geflühten befindet sich eine Witwe, die Alleinvertreterin ihrer Kinder ist und nach langer Arbeitslosigkeit erst kürzlich Arbeit fand.

Genosse Henneberg schreibt in der Magdeburger „Volksstimme“, daß er wiederholt auf die Gefahren der Fabrik auch öffentlich aufmerksam gemacht habe. Nach seiner Angabe lagert auch Phosgen oder ein ähnliches gefährliches Gift in der Sacharinfabrik. Ob dieses mit die Ursache der Explosion ist, wird noch festzustellen sein.

Gegensätze bei den Kaliindustriellen.

In der Kaliindustrie ist augenblicklich stilles Geschäft. Jedenfalls geht der Absatz nicht so, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Feiertagszeiten und Betriebsstilllegungen sind an der Tagesordnung, wie es selten der Fall war, trotzdem in der gesamten Industrie kaum noch 30 Werke in Betrieb sind. Damit die Zeit nicht allzu still verläuft, müssen die Kaliindustriellen wieder einmal die Öffentlichkeit mit ihren gegensätzlichen Meinungen beschäftigen. Die Berichte aus den Generalversammlungen der Kalikonzerne Wintershall, Burbach und Salzdetfurth lassen nicht nur auf dem Gebiet der Düngemittelfrage, sondern auch in der Aufnahme der Erdbildproduktion ziemlich starke Gegensätze erkennen. Nach früheren Aussagen des Generaldirektors Koster vom Wintershall-Konzern will die Kaliindustrie in der Düngemittelfrage „nicht der Rohstoffschimmel für die chemische Industrie sein“. Zweifelloß hat auf diesem Ge-

biet Wintershall durch die Verbindung mit den Kalschne-Werken in Rauegel und die Düngemittelfabrik in Sondershausen für die Kaliindustrie die Führung übernommen. Bei der Herstellung von Düngemitteln stützt sich Wintershall auf das Kalisulfat, welches eine ballastfreie Herstellung gewährleistet. Von den anderen Konzernen wird dies zwar zugegeben, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß dieser Dünger sich erstens zu teuer stellt und andererseits für die meisten Verwendungszwecke in dieser Zusammensetzung nicht benötigt wird. Salzdetfurth zum Beispiel will das billige Chlorkalium verarbeiten, welches für eine normale landwirtschaftliche Verwendung vollkommen ausreicht und sich auch gut bewährt hat.

Die J.-G. Farbenindustrie, W.G., hat schon vor Jahren versucht, in der Frage der Düngemittelfabrikation mit der Kaliindustrie gemeinsam vorzugehen. Damals konnte eine Verständigung nicht erzielt werden, weil angeblich der Wintershall-Konzern sehr hohe Forderungen stellte und diese mit seinen Anlagen in Rauegel und Sondershausen begründete. Die Situation scheint sich auf diesem Gebiet bisher noch nicht geändert zu haben. Jedenfalls hat der Salzdetfurth-Konzern daraus Anlaß genommen, dem Wintershall-Konzern sehr deutlich zu verstehen zu geben, daß, wenn er nicht zu einer Verständigung bereit ist, eigene Wege beschreiten will. Der Hinweis des Salzdetfurth-Konzerns, „wir sind jedenfalls nicht gewillt, länger tatenlos zu bleiben“, bedeutet nichts anderes, als daß auch dieser Konzern jetzt an die Lösung des Problems herangehen und neue Investitionen von Kapital zur Durchführung vornehmen will.

Auf der anderen Seite steht die J.-G. Farbenindustrie, W.G., die nach wie vor bereit ist, mit der Kaliindustrie über die Düngemittelfrage zu verhandeln, wobei gleichzeitig über eine feinere Düngertechnik sowie Bodenforschung und andere agrarische Notwendigkeiten gesprochen werden soll. Der Eigensinn der Gewalthaber in der Kaliindustrie droht wieder einmal, wie die „Frankfurter Zeitung“ recht treffend hervorhebt, den Gedanken der rationalen Arbeit zu gefährden.

Der Absatz in Düngemitteln läßt anscheinend viel zu wünschen übrig. Bei den vielen Sorten, die davon im Handel sind, ist das weiter kein Wunder. Die Landwirtschaft weiß in den meisten Fällen nicht, welcher Düngemittel für die betreffende Bodenart und das Saatgut am geeignetsten ist. Andererseits fehlt es an einer geeigneten gemeinsamen Propaganda. Augenblicklich ist es so, daß „jeder Krämer seine Ware als die beste“ empfiehlt mit dem Resultat, daß die Landwirtschaft dadurch sehr zurückhaltend im Kaufen wird.

Im Erdöl laufen die Interessen ebenso auseinander. Auf diesem Gebiete dürfte der Burbach-Konzern führend sein, der durch Zufall beachtenswerte Funde auf der Gewerkschaft Volkenroda gemacht hat. Deshalb will Burbach seine Stellung in der Erdölindustrie weiter ausbauen, wie Generaldirektor Korte auf der Generalversammlung des Konzerns verkündet hat. Das hindert den Wintershall-Konzern nicht, durch Generaldirektor Koster die Erklärung abzugeben, „wir sind entschlossen, auch auf diesem Gebiet in Deutschland die Führung zu übernehmen“. Man gibt zu, daß die Entwicklung der Produktion und die Verwertung des Öls „viel Arbeit und verdammt viel Geld“ kostet. Das scheint aber bei Wintershall keine Rolle zu spielen. Man hat sich anscheinend darauf eingestellt, hierbei einige Millionen zu verpulvern, und das alles nur, um die Führung auf diesem Gebiet zu behalten. Der Salzdetfurth-Konzern dagegen betrachtet die Dinge vom realistischen Standpunkt aus. Deshalb wird die Teilnahme an Petroleumunternehmungen außerhalb des eigenen Feldbereiches abgelehnt. Es soll nur auf den eigenen Feldern Öl gesucht werden, weil die Schwierigkeiten beim Absatz zu erwägen sind. Außerdem fühlt sich Salzdetfurth nicht stark genug, solche hohen Aufwendungen für dieses Unternehmen durchzuführen, weil die internationale Lage dieser Industrie außerordentlich schwierig ist.

Von den drei führenden Konzernen in der Kaliindustrie werden die zur Erörterung stehenden Fragen hauptsächlich zwischen Wintershall und Burbach mit einer Hartnäckigkeit verfochten, wie es wohl selten in einer Industriebranche der Fall ist. Unserer Auffassung nach sind die ganzen Verhältnisse dazu angehen, gemeinsam an die Lösung dieser Probleme heranzugehen. Dazu scheint aber wenig Neigung vorhanden zu sein. Trotzdem die heutige Kaliindustrie im Rahmen der Montanindustrie nur einen bescheidenen Raum einnimmt, muß sich die Öffentlichkeit mehr damit beschäftigen, als notwendig ist. Uns sagt man bei den Verhandlungen immer, daß die Kaliindustrie zu einer gesunden Entwicklung Ruhe haben muß. Nach den Vorgängen zu urteilen, scheint es uns, daß die führenden Personen in der Kaliindustrie diese Ruhe gar nicht haben wollen. Es muß immer ein bisschen Unruhe in der Industrie herrschen, sonst fühlen sich die Kaliindustriellen nicht wohl; selbst wenn es zum Schaden der Industrie und der deutschen Volkswirtschaft ausgehen sollte.

Aus der russischen Kaliindustrie.

Wie die „WZ“ mitteilt, hat das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjet-Union, „Sa Industrialisazija“, ausführliche Mitteilungen über die Pläne der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Kaligewinnung gemacht. Demnach sind augenblicklich zwei Kalischächte vorhanden, und es konnten zur Frühjahrskampagne rund 25 000 Tonnen russische Kalidüngemittel an die Sowjet-Landgüter und Kollektivwirtschaften geliefert werden. Nach den Plänen der Sowjetregierung soll die Anlage des ersten Kalibergwerks im laufenden Wirtschaftsjahr beendet werden, damit im Jahre 1932 der Landwirtschaft rund eine Million Tonnen Kalidüngemittel geliefert werden können. Es soll die Anlage von zwei neuen Kalibergwerken fortgeführt und die Anlage eines weiteren Bergwerks und eines dritten Kalischachtes vorbereitet werden. Die Kaligewinnung soll in den nächsten Jahren folgende Entwicklung nehmen:

1932	1,0 Millionen Tonnen
1933	1,8 Millionen Tonnen
1934	4,5 Millionen Tonnen
1935	6,0 Millionen Tonnen

Der Ausbau der Kaligewinnung soll gegenwärtig mit starken Schwierigkeiten verbunden sein, weil durch die Abgabe der Kalivorkommen sowie durch unzureichende Versorgung mit Materialien, Ausrüstungen und Arbeitskräften noch Erschwerungen eintreten. Deshalb hat der Oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjet-Union soeben einen Erlaß herausgegeben, wonach alle Wirtschaftsorgane angewiesen werden, für die volle Befriedigung der Bedürfnisse der Kaliindustrie Sorge zu tragen und außerdem die Entsendung weiterer Ingenieure, Techniker und Verwaltungsbeamten in die Wege zu leiten. Eine der schwierigsten Fragen ist, wie das Sowjetblatt mitteilt, das Verkehrsproblem. Bereits in diesem Frühjahr soll sich der Abtransport der Kalidüngemittel und die Zufuhr der notwendigen Materialien und Ausrüstungen überaus schwierig erweisen haben. Das Verkehrsproblem müsse schon jetzt sowohl in bezug auf den Eisenbahn- als auch den Lufttransport gelöst werden, da mit jedem Jahr eine größere Menge von Kalidüngemitteln zu befördern ist. Der begonnene Bau des Flughafen in Solikamsk habe zwar größere Bedeutung, bringe jedoch noch keine völlige Lösung des Problems, da die Schifffahrt auf der oberen Kama nur innerhalb fünf Monaten im Jahre möglich sei.

Also die Schwierigkeiten in der Kaliindustrie werden ohne weiteres zugegeben. Trotzdem wird für die nächsten Jahre ein festes Programm vorgelegt. Ob das durchgeführt werden kann, bleibt abzuwarten. Was für Kalisalze geliefert werden sollen, davon wird nichts gesagt. Es ist ein Unterschied, ob sich die angegebenen Mengen auf K₂O beziehen oder ob Effektivmengen gemeint sind. Was nun den Bau von zwei neuen Kalibergwerken und den eines dritten Kalischachtes betrifft, so sind das anscheinend Probleme, die nur die Russen zu lösen imstande sind.

Jugendbewegung.

Jugendtreffen in Dresden.

Der Ladung zum Jugendtreffen des Ganes 7, das am 19. April 1931 in Dresden stattfand, waren 125 Jugendliche, darunter 20 Kolleginnen, nebst einer Anzahl älterer Kollegen gefolgt. Im schönen Kreisheim der Dresdener Arbeiterturner und Arbeiter-sportler fanden sich vormittags 9 Uhr die Teilnehmer aus den Jahrestellen des Gaubezirks, aus dem Erzgebirge, der Lausitz, dem Flachlande usw. ein, um nach der Begrüßung durch den Kollegen Griesbach zum Besuch des einzigartigen Deutschen Hygienemuseums aufzubrechen.

Von Anfang an offenbarte sich bei den meisten ein lebhaftes Interesse für dies Museum. Aber auch die weniger Interessierten waren schnell gewonnen und folgten mit gespannter Aufmerksamkeit den ausgezeichneten Erläuterungen des Führers Herrn Doktor Gebhardt.

Für alle Teilnehmer war der Besuch des Museums ein Erlebnis. Die volle Befriedigung wurde auch rückhaltlos zum Ausdruck gebracht.

Anschließend wurden den Teilnehmern bei einer einstündigen Führung durch die Stadt vom Museum zum Dresdener Volkshaus einige historische und bedeutungsvolle Bauwerke gezeigt. Bräuhäuser, Kuppelakademie, Oper und Zwinger und andere Gebäude mit ihren wertvollen Kunst- und weiteren wissenschaftlichen Sammlungen veranlaßten viele der Jugendlichen zu der Bemerkung, daß es wünschenswert wäre, auch diese wissenschaftlichen und Kunststätten später kennen zu lernen.

Ermwähnt sei noch, daß auch die monumentale Größe und Schönheit des Dresdener Volkshausbaus Bewunderung bei den Jugendlichen hervorgerufen hat. Die Räume des Volkshauses hatte in zufriedenstellender Weise für die leiblichen Bedürfnisse vorgesorgt.

Nach Beendigung der Mittagspause nahm Kollege Griesbach das Wort, um die Notwendigkeit und den Zweck des Zusammenschlusses der Jugend in den Gewerkschaften darzulegen. Unter Betonung der Ziele der freien Gewerkschaften und damit auch des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands bezeichnete er die Förderung der Aufklärungsarbeit bei den Jugendlichen als unbedingte Notwendigkeit. Die auf Gemeinschaftsarbeit beruhenden Kräfte der freien Gewerkschaften haben in fünf Jahrzehnten für die Arbeiterbewegung durch Zähigkeit und zielklaren Handeln vieles erreicht. Viele rechtliche und sonstige Hemmnisse in der Entwicklung vom Untertan zum Staatsbürger sind beseitigt worden. Die Grundlagen zur völligen Befreiung sind geschaffen, allerdings müssen wir noch weiter unansgehebt aufbauarbeit leisten. Alle Kräfte müssen in den Dienst dieser Aufgaben, die nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können, gestellt werden.

Um dem Ziele der vollständigen Gleichberechtigung auch auf wirtschaftlichem Gebiete näherzukommen, ist es notwendig, daß die jüngere Generation schon jetzt im Verein mit den Älteren mitarbeitet. Die Stärkung des Klassenbewußtseins und die Einreihung in den Verband bieten die Gewähr, daß das Kunstwerk „der Mensch“ nicht wie in der gegenwärtigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform nur Diener der Maschine ist, sondern daß er selbst als Mittelpunkt im Produktionsprozeß der Leiter und Herrscher der Maschine sein wird.

Die Ausführungen fanden lebhafteste Zustimmung. Auch die Hinweise, daß innerhalb der Jahrestellen durch Betriebs- und Berufslehre in Verbindung mit Wanderungen, Vorträgen verschiedener Art usw. aufklärend zu wirken sei und durch die bezirklichen Veranstaltungen mit ihren besonderen Vorbereitungen das Rückfeld der Jugendlichen erweitert und das Zusammengehörigkeitsgefühl durch das Bekanntwerden mit Hunderten von gleichgesinnten Kolleginnen und Kollegen im Gau gefördert werden solle, lösten Anerkennung und Zustimmung aus.

Die nun noch bis zum Abgang der Jüge am Spätnachmittag oder am Abend verbleibenden Stunden vergingen bei zwangloser Geselligkeit leider viel zu rasch. In dankenswerter Weise hatten sich mehrere Kolleginnen und Kollegen der Weiskener Jugendgruppe zur Verfügung gestellt, die in kunter Reihenfolge die Teilnehmer durch musikalische Einzel- und Gruppenvorträge, Lieder zur Laute, Vorlesungen und Deklamationen in vorzüglicher Weise unterhielten und starken Beifall ernteten.

Mit dem gemeinsamen Schlusssatz „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ endete dies erste bedeutungsvolle Jugendtreffen des Ganes 7, das bei allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben und sich darin auswirken wird, daß Aufklärung und der Gedanke des solidarischen Handelns weitere Fortschritte macht und mehr Jugendliche als bisher den Weg zum Verbände finden, der unansgehebt für die Interessen der Jugendlichen jederzeit gekämpft hat und weiterkämpft.

❖ ❖ Unterhaltung, Wissen und Bildung ❖ ❖

Die Nachtigall.

Das macht, es hat die Nachtigall
Die ganze Nacht gesungen;
Da sind von ihrem süßen Schall,
Da sind in Hall und Widerhall
Die Rosen aufgeprungen.

Sie war doch sonst ein wildes Kind;
Nun geht sie tief in Sinnen,
Trägt in der Hand den Sommerhut
Und duldet still der Sonne Glut,
Und weiß nicht, was beginnen.

Das macht, es hat die Nachtigall
Die ganze Nacht gesungen;
Da sind von ihrem süßen Schall,
Da sind in Hall und Widerhall
Die Rosen aufgeprungen.

Theodor Storm.

Wörtlich befolgt.

Es ist ein kleines Städtchen in einem deutschen Freistaat. Der Herr Bürgermeister ist ein Jurist und das Juristenblut fließt ihm fleißig im Blute. Die Bürger vertrauen sich immer wieder gegenseitig, daß der Herr Bürgermeister eigentlich ein ganz gewöhnlicher Mann sein müsse, denn er sage und schreibe Sachen, so wunderbar, daß niemand sie versteh.

Nun hat der Herr Bürgermeister neben seiner Frau auch noch einen Nachbar, und dieser hat einen Hund, der des Nachts oft anfällt. Das war gut gegen unerbessene nächtliche Gäste, aber der Herr Bürgermeister gefiel das nicht. Sie führte sich in ihrer Nachtruhe erheblich gestört. Und sie verlangte von ihrem Gemahl, daß er dem Besitzer des Kläffers von Amts wegen ein entsprechendes Schreiben zukommen lasse, mit der Mahnung, daß Abhilfe geschaffen werde, widrigenfalls Nun gut, diesen ehelichen Befehl konnte der Herr Bürgermeister trotz aller Juristerei nicht anfechten, und er diktierte an seinen Nachbar und Hundebesitzer folgenden Brief:

Herrn F.Z., hier.

Es wird beim unterzeichneten Amte zum wiederholten Male Beschwerde darüber geführt, daß Ihr Hund ganze Nächte belle und die Anwohner der . . . straße in ihrer Nachtruhe ganz erheblich störe. Bei Vermeidung einer Polizeistrafe sind Sie hierdurch gehalten, etwaigen weiteren Ruhestörungen vorzuzugewehen, also Abhilfe zu schaffen und dem Ruheförder dies zu eröffnen.

Das Bürgermeisteramt:
Dr.

Der Adressat dieses Schreibens bekam zuerst einen großen Schrecken, aber dann lachte er herzlich auf und schrieb dem Herrn Bürgermeister zurück:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich habe Ihren Brief erhalten und danke Ihnen bestens für die mir zuteil gewordene schonende Behandlung. Ich bin bemüht, alles zu tun, um Wiederholungsfälle zu vermeiden. Daranhin habe ich, wie Sie, Herr Bürgermeister, es anordnen, Ihre Eröffnung dem Ruheförder zur Kenntnis gebracht, indem ich Ihren Brief meinem Hunde, dem Ruheförder, mehrmals laut vorgelesen habe. Ich nehme gerne an, daß der Ruheförder Ihre Mahnung beherzigt, wie ich auch hoffe, im Sinne Ihrer Anordnung gehandelt zu haben.

F.Z.

Weitere Akten sind zu dieser Angelegenheit nicht erwachsen.
A. F. Brenneisen.

Die Karpfen und die Störche.

Nach alten Chroniken neu erzählt von Max Eck-Troll.

So mitten in der Winterzeit, also ein Schneebirgeßel froh war, wenn er eine warme Stube und Arbeit hatte, sagte eines Morgens der Schneider zum Gesellen: „Heute mittag gib's Karpfen!“ Das war aber nicht wahr, denn es gab nur ganz kleine Weislinge. Der Gesell murmelte und sagte: „Das sind ja nur kleine Straußfische!“

Der Meister aber blies dabei: „Das sind Karpfen!“ „Es sind doch Weisfische!“ entgegnete der Gesell. Da schlug der Meister mit der Faust auf den Tisch, daß es dröhnte: „Wenn du nicht gleich sagst, daß das Karpfen sind, ist heute noch Feiertag!“ Dranzen auf der Gasse segte der Wind diese Schneeflocken vor sich her und im Ofen prasselten lustig die Buchenscheiben. „Bei solchem Wetter auf der Walze sein, macht kein Vergnügen!“ dachte der Gesell. Warum gab er klein bei und sagte demütig: „Wie Ihr wollt, Meister! Die Fische da sind Karpfen. Aber kleine.“

Wochen vergingen. Der Schnee war dahingeschmolzen. Der Monat März ging seinem Ende zu. Ostern war nahe. Und da schon im 16. Jahrhundert Männlein wie Weiblein sich mit der wärmeren Frühlingssonne gern in neuen Kleidern zeigten und nach der neuesten Mode gekleidet sein wollten, da mit der Sonne auch die Liebe im Herzen neu erwachte, hatte unser Schneidermeister alle Hände voll zu tun.

Vor dem Fenster lärmten die Späßen, die mit der Frühlingssonne auch wieder froh geworden wie die Römer unter Varns viele hundert Jahre vorher.

„Ach, Meister!“ meinte der Gesell und deutete auf des Nachbarn Dach, wo die Späßen sich lärmend zankten und balgten. „Die Störche sind schon da. Wie die wachhaft dort auf dem Dach sitzen!“

Der Meister aber lachte heilhaft: „Das sind Späßen!“ „Ain, Ihr seht schlecht, Meister, das sind doch Störche!“ „Du hast wohl den Eier im Bege! Das sind doch Späßen!“ „Meister, wenn Ihr nicht gleich sagt, daß das Störche sind, ist für mich heute Feiertag!“

Da ging dem Meister ein Lichtlein auf, und er dachte an die kleinen Weislinge, die er zu Jahresbeginn als Karpfen hatte fertigen lassen. Und er schaute auf die Berge von Stoff, die alle noch in Aldern ungenutzt waren. Und da der Gesell ein tüchtiger und fleißiger Arbeiter war, antwortete er:

„Ja, meinestwegen, dann sind es eben Störche. Aber kleine!“ „Der Geselle war so feines strategischen Erfolges zufrieden. Und in seiner Freude ging die Nadel die Tage vor Ostern so flink, daß alle bestellten Kleider zum Feste fit und fertig wurden.“

Die Versöhnungstür.

Humoreske von Ernst Hallenkein.

Daß doch so viele Menschen beinahe eine heilige Eiche vor dem „Hufeisenanderwerden“ haben, besonders in der Ehe. Wie trübsal die Versöhnung nachher ist doch sooo schön! Daß Eltern dazu da sind, um den Ein- und Auszug zu einem Räume zu ermöglichen, wird heute in unserem aufgeklärten Jahrhundert kaum jemand bestreiten wollen. Aber daß eine Tür zur Versöhnung eines „schweren“ Streitfalles bringe, so, daß sie sich selbst beinahe vor Aufregung aus den Angeln hob, ist jedenfalls neu. Wer ein Interesse für Neuigkeiten hat, der höre mir zu. Warten Sie, was Chat ist!

Das ist nämlich ein Spiel, bei dem drei sonst ganz vernünftige erwachsene Männer beieinander sitzen und streiten, und man erzählt sich sogar, daß es Menschen geben soll, die wegen des Streitens Skat spielen. Abgesehen davon, daß ich Schauspieler bin, wäre noch zu sagen, daß am Theater in S. wie an jeder anderen Bühne eine eiserne Tür existiert, die den Zuschauerraum mit der Bühne verbindet.

Bei uns hieß diese Tür „Versöhnungstür“, und das kam so: Meine beiden Kollegen B. und H. waren auf das engste miteinander befreundet, wie sah man den einen ohne den anderen, sie waren unzertrennlich, so daß sie von uns den Spitznamen „Haaßenstein und Vogler“ bekamen. Außer, daß sie jeden Tag Skat spielten, konnte man nichts gegen sie vorbringen, was ihrem Ruf geschadet hätte. Es waren sonst normale honeste Leute.

Eines Tages — ich könnte auch sagen: eines schönen Tages, aber Tage, an denen der Schauspieler Probe hat, rechnet er nicht zu den schönen. Also: eines Tages während einer Probe mußte es sämtlichen Kollegen auffallen, daß Kollege B. wie ein Königs-tiger mit dem grimmigsten Gesichte vor der Welt hinter den Kulissen auf und ab wanderte, während sein Intimus H. sich unten in der letzten Parkette von der dort herrschenden Dunkelheit schützend umgeben ließ.

Endlich entschloß ich mich, wie ein zweiter Hagenbeck an den grimmigen Tiger heranzugehen und bescheiden zu fragen: „Sag mal, Haaßenstein, was ist denn eigentlich los mit euch? Du läufst herum wie im Käfig vor der Fütterung, während Kollege H. in tiefster Dunkelheit der Einsamkeit pflegt. Das ist man bei euch beiden doch gar nicht gewöhnt. Was ist denn los?“

Ein tiefer Grunzton war die erste, aber noch etwas unklare Antwort.

„Vogler“ sah unentwegt unten und verbiss sich scheinbar seinen Schmerz wie ein verwundenes Reh, das die Absicht hat, in dunkler Einsamkeit zu sterben. — Trotz „Haaßensteins“ Grimm ließ ich nicht locker und setzte mich mit dem Auf- und Abwandernden in gleichen Schritt und fragte immer wieder, bis er endlich die Geduld verlor und mit der Sprache herausrückte.

„Also höre. Du kennst doch den Kollegen H., den Dickkopf, ebenso wie ich. Nun spielten wir gestern, wie jeden Abend, unseren Skat in unserer Stammkneipe. Da, wir waren bei der 9. Runde angelangt, H. und ich spielten zusammen gegen den anderen, der einen Grund spielen wollte. H. hatte Vorderhand und ich erwartete nun, daß er mit meine Farbe bringen sollte. Aber was tut der Herr Kollege H.? Was tut er? Er spielt Treff-As aus, daß es nur so kracht, und dabei hatte ich doch die ganze Hand voll Treff! Da mußte er doch wissen! Natürlich war unser Spiel zum Teufel. Ich hatte eine Wut, sage ich dir, eine Wut! Na, ein Wort gab das andere, wir kamen in Streit, bis ich schließlich meinen Hut aufsetzte, den Rock anzog und das Lokal verließ, um“

„Am heute abend wieder zum Skat mit ihm zusammenzutreffen!“ unterbrach ich ihn lachend.

„Aber da kam ich schon an.“

„Heute abend? Nein, mein Junge, da kennst du mich schlecht, mit H. spiele ich in diesem Leben nie wieder!“

„Aber Mensch, Kollege, erwidere ich“, ihr könnt doch wegen so einer Kleinigkeit nicht bis an euer Lebensende aneinander vorbeilaufen wie zwei gekränkte Hyänen!“

„Pah! Warum nicht?! Ich wenigstens gebe ihm kein gutes Wort mehr, ich nicht. Er soll kommen und sagen: Entschuldige, lieber Kollege, es tut mir leid. Eher setze ich mich nicht wieder mit ihm an einen Spieltisch!“

Als B. das sagte, kam mir eine ganz verrückte Idee, die ich sofort ausführte.

„Lieber Kollege B.“, sagte ich, „im Interesse eurer Freundschaft fordere ich von dir, daß du mir eine Bitte erfüllst.“

„Kann!“ sagte er erstaunt. Ich aber zog ihn, ohne zu antworten, an die eiserne Bühnentür, die nach dem Zuschauerraum führt und schürzte ihm ein, wenn ihm wirklich an der Freundschaft mit H. läge, sich direkt hier an die eiserne Tür zu stellen und diese Stelle in den nächsten fünf Minuten nicht zu verlassen.

„Was soll denn der Blödsinn?“ opponierte B. ärgerlich, blieb aber ruhig stehen, der Dinge hartend, die da kommen sollten. Ich rannte inzwischen durch eine Nebenür ins Parkett, suchte Kollegen H. in der Finsternis auf und rief ihm atemlos zu, er möge schnell an die Bühne kommen, der Gelbbriefträger sei da und habe einen Gelbbrief für ihn.

H. das hören, aufspringen und wie ein Fließbogen nach der Bühne rennen, war eins. Er stieß mit aller Macht die Tür auf, hinter welche ich B. postiert hatte, und schlug dabei seinen besten Freund dermaßen gegen den Arm, daß B. fast zusammenbrach.



H. tief ganz erschrocken: „Entschuldige, lieber Kollege, es tut mir leid!“

Ich, als Regisseur der Szene, trat vor und sagte zu B.: „Na, bist du nun zufrieden?“

„Zufrieden? Zufrieden mit dem Stuß da, der einen Elefanten hätte zu Boden werfen?“

„Aber lieber B.“, sagte ich, „du verlangst doch, H. sollte dir als erster die Hand zur Versöhnung reichen und sagen: Entschuldige, lieber Kollege, es tut mir leid. Das hat er doch nun getan, wie du selbst hörtest. Also“

B. verstand plötzlich die Lage und mußte herzlich lachen. Auch H. stimmte, als ich ihm alles erzählt hatte, ebenso herzlich ein und schloß dem Gelbbriefträger nicht mehr.

Allen verfeindeten Parteien sei dieses Rezept auf das allerwärmste empfohlen; es ist probat, aber man sorge beiseiten dafür, daß sich der Gelbbriefträger dann auch wirklich sehen läßt — sonst

Waffenstillstand.

Die nachfolgende Szene ist dem im „Vöckerkreis“, Berlin SW 61, erschienenen Roman „Vorher — Hernach“, von Erich Herrmann, entnommen. Preis 4,80 Mk., für Mitglieder Sonderpreis.

Der Kompanieschreiber, der sich sonst immer seinen Zug Erbsen auf die Schreibtische bringen ließ, trat selbst in Reih und Glied bei der Umlaufkassone an. Er versicherte immer und immer wieder, daß Punkt 12 Uhr die Einstellung aller Feindseligkeiten erfolge. Das Regiment käme unter keinen Umständen mehr nach vorn.

„Schwindel!“ erklärte der Musketier Klose und stieß dem Gefreiten die Faust gegen den Rücken. „Weihnachten 1914 sollte das erstmal Schluß sein. Und?“

Der Kompanieschreiber nahm den Stoß geduldig hin, drehte sich um und reichte Klose das Zigarettenetui hin: „Lang zu!“

„Donnerwetter!“ meinte Klose verblüfft. „Es wird doch ernst! Du“

„Nimm doch alle!“ sagte der Gefreite und trabte los.

Keiner der Leute ging in die Scheune. Man würgte die Erbsen herunter, sah nach der Uhr, stopfte einen Kanten Brot hinterher, sah wieder nach der Uhr, rauchte, verglich die Zeit, sah gegen den Himmel, ob Flieger schwirren, legte das Ohr auf den Erdboden, horchte, tauschte Vermutungen aus, äußerte Zweifel, ging auf das Feld, das ein wenig anstieg, aber keine weiße Fernsicht bot, striff sich, schrie auf: „Jetzt ist's zwölf Uhr!“

„In drei Minuten!“ schrie ein anderer aufgeregter.

„Meine Uhr geht genau!“

„Eine Minute drüber!“

„Meine Zwiebel!“

„Die läuft auf achtzehn Rubinen.“

„Hört ihr was?“

„Es hämmert noch.“

„Das ist in der Küche!“

„Verrückt!“

„Nichts zu hören . . .“

„Ohr auf die Erde leg, a . . .“

„Nichts?“

„Nichts!“

Die auf dem Felde Stehenden kamen nach der Comagne Ferme.

„Keine Einschläge mehr.“

„Wirklich?“

„Keine Rauchwolken.“

„Verdammt! . . . Wirklich?“

„Du“

„Wenn das wahr wäre! Wenn . . .“

„Und was kommt nun?“

Der Kompaniefeldwebel Knaack kam auf den Hof gelaufen.

Er hatte nicht einmal die Mütze auf.

„Waffenstillstand! Waffenstillstand!“ schrie er. „Die Schelle hat ein Ende.“

Die Leute mochten den Feldwebel gut leiden. Es war bekannt, daß er einigen Kompanieführern, die jeweils neu zur Kompanie gekommen waren, die Herausgabe von Mannschaftsrationen an Butter und Fleisch für die Offiziersküche entschieden verweigert hatte.

Das rechnete man ihm hoch an. Mehr noch, daß er selbst nichts Befoderes und Besseres für sich beanspruchte.

Seguweit, ein ostpreussischer Landarbeiter, der etwas beschränkt war, stand auf, ging auf den Feldwebel zu und sagte freudig: „Ich bedank' mich schön, Herr Feldwebel, aber wie wird's jetzt mit meinem Urlaub? Ich war bei dem nächsten Schwung dran.“

Er brachte das alles in seinem breiten ostpreussischen Dialekt vor, stotterte auch noch heftig dabei, so daß alle hellauflachten.

„Jetzt gehen wir alle auf Urlaub!“ vertrocknete Feldwebel Knaack.

„Surra!“ schrie Menke, der Berliner.

„Friedensspeise anrauchen!“ kommandierte im Schnarrenden Tone der kleine Porntz, ein Stättenassistent, der als Ausbund von Lustigkeit galt und alle möglichen Stimmen mitteren konnte.

„Mal herhören! Flügel rechts und links im Kreise um mich herumzuwenken . . . marsch, marsch! Fischer, du Schwein! . . . Du hast wieder noch eine Erbsen von vorgestern im Beutel! . . . Stillgestanden, wenn ich mit dir redel! . . . Nimm den linken Mundwinkel beim Rauchen tiefer! . . . Leute! . . . Der Krieg ist nun leider zu Ende. Wir haben alle Gede und Gewonnen und dabei den Krieg verloren. Aber das kommt, weil der Czerniß die rechte Schulter immer zu tief getragen hat und Gefreite Blumenhal wieder den Hosenknopf offen hat. Solche Schweinereien verbitte ich mir für die kommende Friedenszeit!“

„Verstanden? . . . Vor allem beim Einzuge durch das Brandenburger Tor werden mir vor Majestät die Beine rausgeschmissen!“ Die Heza Offiziere bitte wegreiten! Die Mannschaften melden sich einzeln auf der Schreibstube. Mannschaften erhalten Lebensmittelgehalt. Unteroffiziere werden wie Hauptleute, Spieße wie Majore entlohnt. Wer noch nicht verwundet ist, hat zwei Jahre nachzudenken! Ver . . . standen? . . . Nun an Stelle des in Preußen üblichen Schlachtfeldgesanges „Nun danket alle Gott“ singen wir jetzt „In Hamburg, da bin ich gewesen!“

„Alles lachte hellauf. Peterknecht hatte sich inzwischen vorsichtig hinter Hugo Porntz auf allen vieren niedergeduckt. Rothmeißler, der stramme Kölner, gab Porntz, der glänzend einen früheren ungeliebten Kompanieführer kopiert hatte, einen kräftigen Stoß vor die Brust, daß er rückwärts über Peterknecht kugelte.“

Humoristische Ecke.

Stühlbäten aus dem Reichstag.

„Wenn ich auch Abgeordneter bin, so bin ich trotzdem doch auch noch ein Mensch.“

„Obwohl ich Ihnen noch vieles zu sagen hätte, schließe ich meine Ausführungen, da mir infolge meiner langen Rede schon die Füße weh tun.“

„Ich werde mich stets mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß der Bevölkerungszuwachs nach Möglichkeit gefördert wird.“

„Auf dem flachen Lande kommen die Kinder in den allermeisten Fällen infolge eines natürlichen Vorganges auf die Welt.“

Gegen das Sperrgesetz wandte sich ein Beamtenvertreter mit der Bemerkung:

„Das Sperrgesetz wird dazu führen, daß das Reichsfinanzministerium zu einem gewaltigen Kadaver von lächerlichen Dimensionen wird.“

„Aus dieser Vorlage griff die in Spiritus aufbewahrte Frage der früheren Regierung hervor.“

Gelegentlich der Beratung des Reichslandgesetzes sagte der Kommunist H.:

„Es wirkt geradezu wie ein Drehtisch, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzug, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Dolk schleifen, um das Proletariat niederzutreten.“